

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonntags.

Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1 Mk.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Geschäftsinterate und
Privatangelegenheiten kosten pro
3 gepaltene Kolonnen-Zeile
oder deren Raum 2 Mk.
Arbeitsmarkt und Zahl-
stellen-Interate pro Zeile
50 J

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von U. Bröh.
Druck von E. H. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Münzstraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Zur gesetzlichen Regelung des Tarifvertrags.

Die rasche Zunahme der kollektiven Vereinbarungen über den gewerblichen Arbeitsvertrag hat in wachsendem Maße gesetzgeberische Entwürfe gezeugt, die eine rechtliche Umgrenzung und Sicherung der neuen Rechtsform zum Zweck haben. Es ist auch eine feltame Erscheinung, eine Organisationsform des modernen Wirtschaftslebens, die immer weitere Massen erfasst und einige Gewerbezweige schon völlig erfasst hat, auf der Grundlage schwankenden Rechts und zweifelvoller Gesetzesauslegung aufgebaut zu sehen. Darum begreift es sich, daß in juristischen Kreisen, in denen eine klar formulierte und in ihrer Durchführung gesicherte rechtliche Regelung als wichtigstes Erfordernis einer sozialen Organisationsform erscheint, der gesetzliche Klärung und Festigung des Tarifvertrags ganz besonderes Interesse entgegengebracht wird. Dagegen finden wir in den Kreisen der nächsten Interessenten, Arbeiter und Unternehmer, viel geringeres Verlangen nach solcher gesetzlichen Festlegung. Ja, direkt ablehnende Stimmen werden laut. Die letzte Nummer der „Gewerkschaft“, des Zentralorgans der österreichischen Gewerkschaften, bringt eine Betrachtung über die Frage im Anschluß an die bezüglichen Verhandlungen des deutschen Juristentages, in der „die nur allzu aufbringlich angebotene Hilfe“ direkt verboten wird. Dort wird das erwachte Interesse der Juristen für die Frage auf das Verlangen nach einem neuen Felde für geistige Gymnastik ihres Scharfsinns und die Neigung des Polizeistaats, sich allerwärts unnütz zu machen, zurückgeführt.

Wir halten diesen Erklärungsversuch für wenig erschöpfend. Wenn die Juristen nur Verlangen nach neuem Stoff für Meinungskämpfe und wohl auch Prozesse suchten, dann könnte ihnen die Fortdauer des jetzigen Zustandes der wild wachsenden Vereinbarungen nur erwünscht sein. Denn es ist klar, daß ein Gesetz eine Menge Streitfragen einfach abschneiden und an ihre Stelle eine zweifelsfreie Regelung setzen würde. Und es ist doch kein Zufall, daß es gerade Gewerkschaften, die in der täglichen Praxis des Arbeitsrechts stehen, und dem Rechtskampf der Arbeiter nahestehende Gelehrte, wie Voßmar in der Schweiz, Maoul Jay in Frankreich u. a. sind, die diese Frage in ihrer Bedeutung anerkennen und sie mit Hilfe der Gesetzgebung zu lösen suchen. Es liegt vielmehr im Wesen der Sache, daß eine Frage von dieser rechtlichen Bedeutung nicht dauernd in wichtigsten Punkten ungelöst und dem Zufall der Gerichtsauslegung oder dem Faustrecht des wirtschaftlichen Kampfes überantwortet bleiben kann. Damit ist natürlich noch nicht gesagt, daß die Bedingungen einer befriedigenden Lösung heute bereits gegeben seien — noch weniger, daß das Interesse der Arbeiter an der Regelung groß genug sei, um irgend welche Opfer oder Zugeständnisse auf materiell-rechtlichem Gebiete aufzuwiegen.

Vorneweg abzulehnen ist natürlich jedes, wie immer geartete staatliche Aufsichtsrecht, jeder Versuch, durch Gesetz den materiellen Inhalt der Verträge festzulegen, jede gesetzliche Haftbarmachung der beteiligten Verbände über das Maß des vertragsmäßig, also freiwillig Uebernommenen hinaus. Das Vertrauen der Arbeiter zum heutigen Staate ist so gering, daß sie nie darauf eingehen werden, dem Willen und der Auslegung seiner Organe schwer errungene Positionen preiszugeben. Es kann sich in der Hauptsache nur darum handeln, die Grundlage für eine gesicherte, von Zweifeln möglichst freie Vereinbarung zu schaffen und die Durchführung des Vereinbarten mit Hilfe des Rechtswegs zu sichern. Dabei entstehen einige Fragen, die in bisher vorliegenden Gesetzesvorschlägen in verschiedener Weise beantwortet sind. Hauptächlich handelt es sich dabei um den Geltungsbereich des Tarifs und um seine verbindliche Kraft. Wer untersteht den Tarifbedingungen? Und welche Wirkung übt der geschlossene Vertrag? Schließlich: Wer wird aus dem Vertrage berechtigt?

Zumeist begnügt man sich damit, die Vertragsschließenden selbst, als welche auch die Angehörigen der vertragsschließenden Verbände angesehen werden, aus dem Vertrage berechtigt und verpflichtet sein zu lassen. So heißt es in dem von Sulzer und Voßmar im Auftrag des Schweizerischen Grütlivereins ausgearbeiteten Entwurf: Durch den kollektiven Arbeitsvertrag werden verpflichtet: 1. Die Vertragsparteien. 2. Alle einzelnen Gewerkschaften und Arbeiter, die zur Zeit des Vertragsabschlusses Mitglieder der dabei beteiligten Verbände sind. — Und der Entwurf, den Magistratsrat Wölbling-Berlin in Nr. 3 des „Gewerbe- und Kaufmannsgerichts“ veröffentlicht hat, bestimmt gleicherweise in § 4: Neben einem Verein von Berufsge nossen, welcher deren gemeinsame wirtschaftliche Interessen als Arbeitgeber und Arbeiter verfolgt (Berufsverein), gelten die Mitglieder als Vertragsparteien. Und nach § 6 soll der Berufsverein aus dem Vertrage klagen können, und zwar auch als Vertreter seiner Mitglieder.

Der Wölbling'sche Entwurf kennt von diesen Sätzen keine Ausnahmen, im Gegensatz zu den von Voßmar und Sulzer, von der Kommission der französischen Gesellschaft für soziale Studien und jetzt auch von der Regierung Finnlands veröffentlichten Entwürfen, die den Angehörigen der Berufsvereine das Recht einräumen, durch eine innerhalb 14 Tagen nach Abschluß des Vertrags abgegebene Erklärung sich der Rechtswirkung desselben zu entziehen. Voßmar-Sulzer machen zur Bebingung dieser Losagung von dem Vertrage der eigenen Organisation den gleichzeitigen Austritt aus dieser und lassen sie nicht mehr zu, wenn die Betroffenen vorher ausdrücklich oder mitthandelnd ihre Zustimmung zu dem Vertrag erklärt haben. Zimmerlin bleibt die bedenkliche Verechtigung, sich von der Vereinbarung der eigenen Organisation willkürlich zu befreien, der unter Umständen für Vertrag und Verband verhängnisvoll werden kann; im Widerspruch mit dem Wesen des korporativen Vertrags, der eine Unterordnung des einzelnen unter die Vereinbarung seines Verbandes zur Voraussetzung hat. Auch das österreichische Gesetz vom 5. Februar 1907, das den Genossenschaften (Zwangsgenossenschaften) des Kleingewerbes das Recht zu solchen Abschlüssen mit den Gehilfenvereinigungen einräumt, kennt, entsprechend dem Zwangscharakter der Genossenschaften, kein derartiges Rücktrittsrecht.

Einen Schritt weiter in der Richtung zur öffentlich-rechtlichen Regelung des Arbeitsverhältnisses tut Genosse Robert Schmidt in seinem Entwurf eines Gesetzes betreffs Reichsarbeitsamt, Gewerbeamt und Arbeiterkammern, einer Umarbeitung der schon öfter seit 1877 von der Reichstagsfraktion eingebrachten bezüglichen Entwürfe („Sozialistische Monatshefte“ 1908, Heft 8), der in §§ 119c—119h den Tarifvertrag behandelt. Er verlangt nicht allein die gesetzliche Verpflichtung der staatlichen und Gemeindebehörden zur ausschließlichen Berücksichtigung tariftreuer Firmen bei Lieferungen — eine Forderung, deren Erfüllung heute schon selbstverständlich sein dürfte —, er stellt auch die Möglichkeit vor, durch einfache Abstimmung einen abgeschlossenen Vertrag für das gesamte Gewerbe einzuführen, also auch die am Abschluß und an den Verbänden gar nicht beteiligten Arbeiter und Unternehmer zu verpflichten. Zusammen mit den ausgedehnten zwingenden Vorschriften des Arbeiterschutzes und dem weitgehenden Aufsichtsrecht der Gewerbeämter würde das wohl die äußerste Beschränkung der Selbstständigkeit des Einzelbetriebes sein, die mit der kapitalistischen Betriebsweise noch vereinbar wäre. Darum wird auch die Verwirklichung dieser Forderung so bald nicht zu erwarten sein, mindestens nicht ohne das Erfordernis einer erheblich qualifizierten Mehrheit, wie sie das österreichische Gesetz, das auf der Zwangsorganisation aufgebaut ist, gleichfalls für die korporative Vereinbarung erfordert (Zweidrittel-Mehrheit, daneben noch Genehmigung der Landesbehörde).

Eine Frage, die nach dem geltenden Rechte streitig ist, aber immer häufiger im Sinne der zwingenden Rechtswirkung des Tarifvertrags entschieden wird, ist die, ob entgegen dem korporativen Vertrag abweichende private Vereinbarungen einzelner Unternehmer und Arbeiter getroffen werden können. Hier geben auch die verschiedenen Entwürfe von einander abweichende Antworten. So will der des Schweizerischen Arbeiterbundes, der auch das Votationsrecht des Entwurfs Voßmar-Sulzer nicht kennt, dafür aber nur die Unternehmer durch den Vertrag gebunden sein läßt, die ihn abgeschlossen haben oder dem abgeschlossenen beigetreten sind, die von einem solchen Unternehmer vereinbarten abweichenden Bestimmungen eines Dienstvertrags für ungültig erklärt werden. Der Tarifvertrag soll zwingender Bestandteil der unter seiner Herrschaft abgeschlossenen Dienstverträge werden. Die gleiche Bestimmung finden wir in dem erwähnten französischen Entwurf, ebenso in dem des finnischen Senats. Und Wölbling will sie für denjenigen Teil des Tarifvertrags gelten lassen, der ausdrücklich zum Inhalt künftiger Dienstverträge bestimmt ist. Im übrigen heißt es: Die Parteien dürfen tarifwidrige Dienstverträge nicht abschließen oder vertragswidrig dulden. Tarifwidrige Dienstverträge zwischen den Parteien sind jederzeit fristlos kündbar. So soll nach den Forderungen der verschiedensten Gesetzesvorschläge der heute bereits von einem großen Teil der Gewerbeämter und der Theoretiker anerkannte Grundsatz der zwingenden, unabdingbaren Kraft des Korporativvertrags gesetzlich festgelegt werden. So wenig etwa eine Postnulat Portofähigkeit vereinbaren darf, die von den gesetzlich festgestellten abweichen, so wenig Ausnahmen von der Arbeiterversicherung oder vom Wahlrecht durch Privatvertrag mit rechtlicher Wirkung vereinbart werden können, ebenso soll die rechtlichaffende Macht des kollektiven Vertrags durch Privatwillkür beeinträchtigt werden können. Damit wird der statutarische, dem Gesetz ähnliche Charakter dieser modernen Vertragsform anerkannt.

Daraus ergibt sich auch die Stellung des Tarifs für die von beteiligten Unternehmern mit außerhalb stehenden Arbeitern abgeschlossenen Dienstverträge. Der Schweizer Entwurf

spricht das ausdrücklich aus, indem er die von einem dem Tarifvertrag beigetretenen Unternehmer abgeschlossenen abweichenden Dienstverträge für ungültig erklärt. Der französische Entwurf fordert in solchen Fällen die Wirksamkeit des Tarifs nur in Ermangelung abweichender Abmachungen, will aber den Interessenten ein Recht auf Aufhebung der Abweichungen einräumen. Ebenso will Wölbling den Vertragsparteien verbieten, vertragswidrige Dienstverträge abzuschließen, damit also ein Klagerrecht auf die Aufhebung solcher gewährt, spricht aber sonst nur von der Wirkung des Vertrags auf die Parteien selbst. Um Umgehungen des Vereinbarten zu verhindern, wird es nötig sein, diesen Ausweg kurzerhand zu sperren und nach Schweizer Vorbild die dingliche Rechtswirkung des Vertrags für alle Verträge der an ihm beteiligten Arbeitgeber mit dritten, Arbeitern, genau wie mit den Angehörigen der vertragsschließenden Arbeiterorganisation, auszusprechen.

Eine wichtige Frage ist noch die der Haftung für die Vertragserfüllung. Daß jeder Angehörige der beteiligten Organisationen oder vertragsschließenden Gesamtheiten für seine Vertragstreue haftet, ist — abgesehen von der Möglichkeit der Ablehnung des Vertrags durch einzelne, wie einige Entwürfe sie zulassen — selbstverständlich. Ebenso die Haftung jeder Organisation für die von ihr selbst begangenen, veranlaßten oder geförderten Vertragsbrüche. Wölbling geht hier noch etwas weiter, indem er von den Berufsvereinen verlangt, daß sie ihre Mitglieder auf Aufforderung des verletzten Teils an der Vertragsverletzung hindern, widrigenfalls sie haftbar werden. Er räumt ihnen auch ausdrücklich das Recht ein, von ihren Mitgliedern (die mit dem Austritt aus der Organisation ihrer Vertragspflicht nicht ledig werden) die Erfüllung ihrer Tarifpflichten zu fordern. Die Durchführung dieses Auspruchs wird freilich bei Arbeitern zumeist schwerer sein als bei den Unternehmern, die an ihrem Vermögen zu haften sind. Wölbling will darum so weit gehen, durch Gerichtsurteil einen Verband zu zwingen, den Schuldigen auszuschießen — bei Androhung der Auflösung. Ferner sollen schuldige Unternehmer von staatlichen und kommunalen Lieferungen ausgeschlossen werden.

Wir sehen, es gibt noch mancherlei Fragen hier zu entscheiden. Aber es ist doch deutlich, daß der Gedanke des Tarifvertrags marschiert. Das Recht folgt bekanntlich immer der Macht. So ist das wachsende Interesse der Rechtswissenschaft für die Auslegung der Tarife und ihre gesetzliche Anerkennung ein Beweis wachsender Macht der Arbeiterschaft im Produktionsprozeß. Bisher hat die Arbeiterschaft sich mit dem geltenden Rechte des Tarifvertrags, so schwankend und unzulänglich es in mancher Hinsicht auch ist, nicht schlecht abgefunden. Sie wird daher alle neuen Vorschläge, namentlich soweit sie Eingriffe in das innere Leben der Organisationen in sich schließen und die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel bei Verwirklichung des Vereinbarten erschweren, sorgsam zu prüfen haben. Denn ihre Selbstständigkeit und Bewegungsfreiheit ist mehr wert als alle Rechtsgarantien des bürgerlichen Staates. Jedenfalls aber wird auch die gesetzlich gesicherte Korporativ-Vereinbarung eines der Mittel sein, den sozialen Gehalt des Arbeitsverhältnisses aus der kapitalistischen Hölle zu befreien, und dazu helfen, den Lohnarbeiter zum freien Mann zu machen. Soweit das im Kapitalismus eben möglich ist.

Die Gewerbe-Unfallstatistik im Jahre 1907.

Vom Reichsversicherungsamt sind kürzlich die vorläufigen Ergebnisse der Unfallstatistik der Gewerbe-, Bau- und See-Unfallversicherung veröffentlicht worden. Diese Unfallstatistik ist die dritte ihrer Art, die erste besondere Unfallstatistik wurde im Jahre 1887, die zweite im Jahre 1897 aufgenommen. Die Veröffentlichung besteht aus den Angaben über die Zahl der Betriebe, beschäftigten Arbeiter, verletzten Personen und weiter aus Mitteilungen über die Betriebseinrichtungen und Vorgänge, bei denen sich die Unfälle ereigneten, es fehlen also noch nähere Mitteilungen über die Art der Unfälle und alle sonstigen auf die Unfälle bezughabenden Nachrichten.

Aber schon die einfachen vorliegenden Tabellen über die Unfälle zeigen ein grauenregendes Bild und erzählen von menschlichen Qualen und Leiden, die einen schneidenden Kontrast und doch wieder eine unbedingt notwendige Ergänzung bilden zu den zahllosen Schilderungen der technischen Wunder der modernen Produktion. Die Maschinen und Einrichtungen der Produktion und des Verkehrs, von denen wir wissen, wie sie spielend alle dem Menschen entgegenstehende Hindernisse beseitigen und überwinden und einen Goldstrom in die Taschen ihrer Besitzer fließen lassen, treten uns wieder einmal von ihrer andern Seite entgegen: mit Menschenleben und Menschengliedern spielend, ein ansehnliches nie verlassender Quell von Verwundungen und Todesfällen. Bei Betrachtung der Biffern springt vor

allen in die Augen, daß sich gegen die letzte Aufnahme vom Jahre 1897 die Zahl der Verletzten um fast das Doppelte vermehrt hat. Damals wurden 45 971 in gewerblichen Betrieben Verletzte gezählt, bei der jetzigen Zählung sind 80 144 Verletzte eingegangen. Da die Statistik nur die Personen erfasst, für die erstmals eine Entschädigung gezahlt werden mußte, das heißt also nur die schweren Unfälle, die eine mehr als 15 wöchige Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten, muß diese Steigerung als exorbitant bezeichnet werden, um so mehr, als auch die relative Unfallziffer von 8,2 pro Tausend Vollarbeiter im Jahre 1897 auf 9,47 gestiegen ist. Zu wundern brauchen wir uns über die hohe Zahl der Unfälle nicht, da wir die Ursachen genau kennen. Neben der Gefährlichkeit der Arbeiten an sich, die in gewissen Industrien unbestritten vorliegt, sind es die Mehrzahl der Unternehmer, die dem Unfallschutz keine oder wenig Beachtung schenken. Jedes Schutzbrett, jeder Schutzkasten, jede Sicherheitsvorrichtung ist ein zu hoher Aufwand, ob Menschenleben dabei in Gefahr kommen, ist meist gleichgültig. Die Berichte der Berufsgenossenschaften erzählen von dieser Tatsache Bände.

In sieben Industrien (Textilindustrie, Papierfabrikation, Nahrungsmittelindustrie, Schornsteinfegererei, Privatbahnbetrieb, Lagererei, Seeschifffahrt) ist übrigens eine Abnahme der relativen Unfallziffer zu verzeichnen. Welche Umstände hierbei eine Rolle spielen, läßt sich nicht ergründen. Tatsache ist, daß in diesen Industrien von Seiten der Berufsgenossenschaften eine besonders scharfe Betriebskontrolle vorgenommen wird. Diese wird übrigens fast von allen Berufsgenossenschaften durchgeführt, ohne daß die Unternehmer viel danach fragen. In der nachfolgenden Uebersicht geben wir ein Bild über die Zahl der im Jahre 1907 in allen Industrien vorhandenen Betriebe und beschäftigten Arbeiter, die absolute Zahl der im Jahre 1907 erstmals entschädigten Unfälle und die relative Unfallziffer im Vergleich zu der vom Jahre 1897, dem Jahre der letzten besonderen Gewerbe-Unfallstatistik.

Berufsgenossenschaften	Betriebe	Vollarbeiter	Verletzte Personen auf 1000 Vollarbeiter		
			absolut	1907	1897
Knappschicht-B.-G.	2 258	732 208	11 360	15,51	12,09
Steinbruch	12 779	174 446	2 639	15,12	11,94
Feinmechanik	6 727	222 924	1 467	6,58	5,38
Licht- und Stahl-					
und Schmiede	96 804	1 329 926	14 943	11,24	8,92
Zwei Metall-	5 940	200 929	1 533	7,63	4,21
Maschinen-Industrie	1 203	52 504	225	6,92	3,96
Glas	960	77 573	347	4,47	4,07
Porzellan	1 349	91 447	310	3,39	2,83
Ziegelei	12 026	201 412	1 931	9,59	6,71
Chemisch	8 720	207 704	2 088	9,81	7,76
Gas- und Wasserwerk	2 596	67 452	435	6,45	5,14
Licht- und	15 475	913 647	2 570	2,81	3,41
Papiermacher	1 251	86 033	730	8,48	9,27
Papierverarbeitung	3 803	131 360	500	3,81	3,39
Leber	6 157	75 251	523	6,95	5,23
Vier Holzindustrie	61 324	397 545	5 208	13,09	11,77
Müllerei	28 313	63 600	1 012	15,91	13,01
Nahrungsmittelindustrie	10 467	125 843	781	6,21	6,79
Jucker	413	55 844	506	9,06	7,89
Rollerei, Brenn-					
Stärkeindustrie	8 203	50 478	409	8,10	7,67
Trank- und Mälzerei	9 204	123 216	1 608	13,05	11,37
Tabak	6 919	165 337	81	0,49	0,42
Textilindustrie	8 265	240 819	643	2,67	2,18
Schornsteinfeger	3 831	5 623	31	6,05	6,14
Jahresgewerks-	156 687	963 631	10 994	11,41	11,14
Buchdruck	7 081	141 666	428	3,02	2,66
Leinwand	170	30 238	163	5,36	5,86
Seiden- und Kleinfabrik	449	69 465	493	7,14	5,14
Seiden	67 328	346 736	3 900	11,25	12,36
Seiden	33 242	93 931	2 500	26,61	16,97
Drei Wollindustrie	18 890	53 526	751	14,03	11,55
Seiden	1 602	73 627	459	6,23	8,95
Seiden	18 827	165 419	2 140	12,94	17,89
Seiden	58 520	127 317	1 120	8,80	7,03

Die Aufstellung zeigt uns, wie verschieden die Gefährlichkeit in den einzelnen Industrien ist. Die meisten Unfälle (relativ) verzeichnen der Bergbau und die Mälzerei, ihnen folgen der Bergbau und die Industrie der Steine, die Steinindustrie, Holzindustrie, Brauerei- und Mälzerei, der Bergbau, die Eisen- und Stahlindustrie und der Hochbau. Die niedrigste Unfallziffer weisen die Tabakindustrie, Textilindustrie und das großstädtische Gewerbe auf. Dafür sind jedoch, namentlich in der Tabak- und Textilindustrie, andere gesundheitliche Schädigungen der Arbeiter und Arbeiterinnen besonders groß.

Die Zahl der tödlich verletzten Personen belief sich insgesamt auf 6320. Die Maschinen forderten hiervon 620 Opfer. Die Zahl der durch Maschinen überhaupt Verletzten betrug 19 901. In welchen Einrichtungen und durch welche Vorgänge sich die Unfälle ereigneten, zeigt nachfolgende Aufstellung:

Verletzte	überhaupt	in Proz.	Tote	überhaupt	in Proz.
von Maschinen, Transportmitteln	1504	1,9	200	3,2	
von Maschinen	13 916	17,4	173	2,8	
von Maschinen	4 481	5,6	543	8,6	
von Maschinen, Transportmitteln, Feuer- und Gas- und Wasserwerken	3 342	3,4	755	11,9	
von Maschinen, Transportmitteln, Feuer- und Gas- und Wasserwerken	11 882	14,8	1285	20,3	
von Maschinen, Transportmitteln, Feuer- und Gas- und Wasserwerken	9 005	11,2	752	11,9	
von Maschinen, Transportmitteln, Feuer- und Gas- und Wasserwerken	11 826	14,2	945	14,9	
von Maschinen, Transportmitteln, Feuer- und Gas- und Wasserwerken	12 248	15,7	1515	24,0	
von Maschinen, Transportmitteln, Feuer- und Gas- und Wasserwerken	843	1,0	361	5,7	
von Maschinen, Transportmitteln, Feuer- und Gas- und Wasserwerken	10 927	13,6	385	6,1	

Die Zusammenfassung zeigt ebenfalls, bei welchen Betriebsvorgängen und Einrichtungen die meisten Unfälle vorgefallen sind. Ein Vergleich der einzelnen Industrien, um darzutun, welche Vorgänge innerhalb derselben die meisten Opfer forderten, müssen wir uns raumhafter verstellen.

Wir greifen daher nur einige besonders in die Augen springenden Fälle heraus. Die Arbeitermaschinen forderten die meisten Opfer in der Textilindustrie (61,9 Prozent) der Berg-

bau, in der Eisenindustrie (70,0 Prozent), in der Holzindustrie (61,0 Prozent), Holzindustrie (55 Prozent), in graphischen Gewerbe (56,0 Prozent) und in der Textilindustrie (51 Prozent). Durch Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Umsinken von Gegenständen verursachten die meisten im Bergbau und im Baugewerbe; Fall von Leitern, aus Lufen und in Vertiefungen ereignete sich am häufigsten bei den Schornsteinfegern, im Baugewerbe und der Textilindustrie; beim Auf- und Abladen von Gegenständen passierten viele Unfälle in der Brau- und Mälzereiindustrie, im Fuhr- und Expeditionswesen; durch Tiere wurden die meisten Personen in der Schmiederei, Fleischeri und im Fuhrverkehr verletzt.

Den größten Prozentsatz der Getöteten lieferten der Bergbau und der Eisenbahnbetrieb, sowie das Baugewerbe.

Besonders beachtenswert sind für uns die Ergebnisse der Statistik, die die Verurteile betreffen, welche von unserem Verband umfasst werden. Das Gebiet ist allerdings nicht leicht ziffernmäßig abzugrenzen, da die Angaben über unsere Kollegen nicht gesondert erfasst sind. Wir geben nachstehend die etwa unserm Agitationsgebiet entsprechenden Ziffern wieder. Es sind vorhanden:

In den Betriebsgruppen	Im Jahre 1907		Davon verlegt 1907	
	Beruf	Volle Arbeiter	absolut	pro 1000 Arbeiter
Bergbau u. Nebetriebe				
Zeichnerarbeiten	28	994	5	5,03
Mineralöl- und Paraffinfabriken	7	724	4	5,52
Ziegeleien	52	1 785	12	6,72
Gipsfabriken	41	7 095	51	7,19
Betriebe, Gew. u. Gips, Abaster usw.	21	1 174	17	14,48
Steinbruch- u. G.				
Kalkbrennereien, Ziegeleien	511	7 274	74	10,17
Gipsfabriken	84	1 277	16	12,53
Mörtelfabriken	31	553	12	21,70
Zementfabriken, Trachmühlen	295	29 040	355	12,22
Schmelzwerke, Zementfabriken usw.	23	734	8	10,20
Lehm- und Tongruben	31	325	6	18,46
Gewinnung v. Mineralölen u. Harzen	9	413	5	12,14
Ziegelei- u. G.				
Ziegeleien und Lehmziegeleien	10 839	190 955	1771	9,27
Lehmziegeleien	701	4 023	29	7,21
Grubenbetriebe	179	1 751	33	18,81
Kalkbrennereien, Zementwarenfabriken	631	1 898	30	15,85
Nebetriebe	660	2 471	62	25,09
Chemische Industrie	8 720	207 704	2038	9,81
Papier-Industrie				
Verfertigung von Papier, Pappe, Zellulose, Strohstoff usw.	1 364	86 088	730	8,48
Papeten- und Buntpapierfabriken	165	9 757	59	6,05
Fabrikation von Papiermehl und sonstigen Papierartikeln	268	8 208	40	5,00
Leber- u. G.				
Lebertuch- und Wachsdruckfabrikation	13	1 298	11	8,47
Einleumfabriken	12	3 126	27	8,64
Leinwand- und Leinwandfabriken	139	208	5	24,04
Nahrungsmittel-Industrie				
Kaffeezurrogaufbereitung	169	4 175	36	8,69
Kaffeebrennereien	738	5 616	28	4,99
Konzerfabriken	387	11 365	82	7,22
Getreidefabriken	341	4 463	36	8,07
Mehl- und Getreidefabriken	6	60	3	50,00
Öl- und Ölmehlfabriken	423	2 772	38	13,71
Leinwand- und Leinwandfabriken	144	4 001	30	7,50
Leinwand- und Leinwandfabriken	413	55 844	508	9,06
Leinwand- und Leinwandfabriken	5 863	21 195	69	3,26
Leinwand- und Leinwandfabriken	2 457	10 939	124	11,28
Leinwand- und Leinwandfabriken	208	5 374	45	8,37
Leinwand- und Leinwandfabriken	387	723	4	5,53
Leinwand- und Leinwandfabriken	6 719	12 197	167	13,69

Die relativen Unfallziffern der Aufstellung zeigen uns, in welchen Betrieben die Gefährlichkeit der Arbeit am größten ist. Um die Art und Ursache der Unfälle zu erfahren, ist es nötig, die Ziffern der Berufsgenossenschaften zu betrachten. Brauchbares Material über unsere Berufscollegen liefern dazu nur die Angaben der Ziegelei, chemischen Industrie, Zucker-, Papiermacher-, Nahrungsmittel-Industrie- und Molkerei-, Brennerei- und Stärkeindustrie-Berufsgenossenschaft. Die Zahl der Betriebe und Vollarbeiter ergibt sich aus obiger Tabelle. Unfälle ergaben sich bei den benannten Berufs-genossenschaften durch Transaktionen, Arbeitsmaschinen 1745; durch Dampfessel, Sprengstoffe, feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe 499; durch Zusammenbruch, Einsturz, Fall von Leitern, in Vertiefungen usw. 1365, beim Auf- und Abladen von Gegenständen 909, durch Fuhrwerk, Eisenbahn- und Schiffsbetrieb 1010, durch Tiere, einfaches Handwerkzeug und sonstige Vorgänge 785.

Durch Maschinen, namentlich Arbeitsmaschinen, verursachten die meisten Personen in der Papierfabrikation; in der Ziegelei kommt der größte Prozentsatz der Verletzten auf den Eisenbahnbetrieb und Einstürze; die chemische Großindustrie verzeichnet die meisten Verletzungen beim Auf- und Abladen von Gegenständen und an Maschinen, sowie durch ätzende Stoffe; in der Zuckerindustrie sind viele Verletzungen durch Fall von Leitern und aus Lufen, sowie durch den Eisenbahnbetrieb und Arbeitsmaschinen zu verzeichnen, in der Molkerei-, Brennerei- und Stärkeindustrie kommt der größte Prozentsatz der Unfälle auf das Auf- und Abladen, Heben und Tragen von Gegenständen, auf Fall von Leitern und in Vertiefungen.

Wie weit die Unfälle unvermeidliche Folgen der Anwendung der modernen Produktionsmittel und der modernen Technik, und wie weit sie lediglich der besonders kapitalistischen Gestaltung des Arbeitsprozesses zuzurechnen sind, ist eine Frage, über die die Unfälle weit auseinandergehen. Die Unternehmer sind gern bei der Hand mit der Erklärung, daß ein großer Teil der Unfälle eben unvermeidlich ist, daß Gefahren vorliegen, die durch Menschenhände und Menschengeist nicht beseitigt werden können. Ein weiterer Teil der Unfälle wird dem Leichtsinn und der Gleichgültigkeit der Arbeiter zugeschoben, noch ein Teil der Unachtsamkeit bzw. Unkenntnis der Gefahren, sowie dem Handeln wider bestehende

Vorschriften. Was noch übrig bleibt, wird dann wohl oberhalb auf das Schulplato der Unternehmer übernommen. Die Arbeiter aber wissen ganz genau und die Tatsachen haben es in tausend und aber tausend Fällen bewiesen, daß das Kapital freventlich mit Arbeiterleben und Arbeitergesundheit spielt und die Organisation des Produktionsprozesses nach dem Gesichtspunkt des höchsten Gewinns für den privaten Unternehmer selbst von Opfern fordert, die samt und sonders hinwegfallen würden, wenn die Produktion nach den Interessen der Arbeit geleitet und technisch ausgestaltet würde. Das wird auch so bleiben, bis der Geist des Sozialismus die heutige nur nach Geld und Gut stehende Kapitalistenklasse vertreiben hat.

Aus der chemischen Industrie.

Die Gesundheitsschädigungen in den Thomas-Schlackenmühlen.

Die heftigen Lungenerkrankungen, denen die in den Thomas-Schlackenmühlen und Transportbetrieben beschäftigten Arbeiter ausgesetzt sind, und die nicht selten schnell tödlich verlaufen, haben schon seit längerer Zeit die Aufmerksamkeit der Gewerbesammlungen auf sich gezogen, und sie haben zum Erlass der Bundesratsbeschlussmachung vom 29. April 1899 geführt, „über die Einrichtung und den Betrieb der gewerblichen Anlagen, in denen Thomas-Schlacke gemahlen und Thomas-Schlackemehl gelagert wird.“ Da der feine ätzende Staub, der sich beim Mahlen der Schlacke und beim Hantieren mit dem Schlackemehl mit der Luft der Arbeiterräume mischt, die Hauptursache der dabei vorkommenden Lungenerkrankungen ist, so sind die Bestimmungen der Beschlusssatzung hauptsächlich auf Vermeidung resp. Verminderung des beim Mahlen usw. entstehenden Staubes gerichtet. Die Maßregeln, Stöße und Leitungen sollen immer staubdicht verschlossen sein und jede entstehende Undichtigkeit sofort beseitigt werden. Über diese Bestimmungen werden erst recht schlecht befolgt. So teilt der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Ruhrort in seinem Bericht für 1906 mit, daß in einem Werke die Staubkammer derart undicht war, daß ihr ganze Wölbungen von Staub entwichen; auch in anderen Werken sei die Staubabzugung höchst mangelhaft gewesen.

Aber auch, wenn die Bestimmungen genau befolgt wurden, erwiesen sie sich als ganz ungenügend zur Verhütung resp. Verabminderung der Krankheiten, und speziell die Lungenerkrankungen haben trotzdem im allgemeinen noch weiter zugenommen, ein Beweis, daß, so lange man bei dem Todestodesfall verbleibt, immer Staub entstehen und sich in den Arbeiterräumen verbreiten wird. So erhöhte sich in einer Thomas-Schlackenmühle des Aufstichbezirks Düsseldorf, deren Arbeiterzahl in den 5 Jahren von 1902 bis 1907 von 95 auf 182, also um 70 Prozent stieg, in dieser Zeit die Zahl der Erkrankungen von 109 mit 1203 Krankentagen auf 96 resp. 113 Prozent. Die Erkrankungen der Lungenerkrankungen allein aber stiegen von 87 mit 528 Krankentagen auf 87 mit 1323 Krankentagen, also um 135 resp. 151 Prozent. Dabei waren von diesen Arbeitern 1902 infolge von Lungenerkrankung 2, 1907 aber 10 gestorben.

Es wurde daher als sehr erfreulich begrüßt, als der Gewerbeaufsichtsbeamte für den Bezirk Ruhrort in seinem Bericht über das Jahr 1906 Seite 387 mitteilen konnte: „Die Schlackenmühle in Ruhrort beschäftigt noch im Jahre 1906 das Verfahren von Mathiesius zur Ausführung zu bringen. Nach diesem Verfahren wird die Thomas-Schlacke in geschlossenen Gefäßen ein bis zwei Stunden lang einem Drucke von 10 bis 12 Atmosphären ausgesetzt und hierdurch aufgeschlossen. Staubentwicklung tritt hierbei nicht auf. Die in Ruhrort angestellten Versuche haben ergeben, daß die Frage der Darstellungsart von Thomas-Schlackemehl im Prinzip als gelöst betrachtet werden kann. Es handelt sich nur noch um eine zweckmäßige konstruktive Durchbildung der Aufschlußgefäße. Da bei dem Verfahren die Hauptstaubquelle, die Mühle, ganz ausgeschaltet wird, so könnte seine Durchführung nur mit Freude begrüßt werden.“ Man war gespannt auf die erhebliche Abnahme der Erkrankungen, die das neue Verfahren schon im Jahre 1906 zeitigen würde. Aber von den 3 Schlackenmühlen des Bezirks sind noch in zweien die Erkrankungen im allgemeinen, wie auch speziell die der Lungenerkrankungen etwas zurückgegangen, aber in der Schlackenmühle in Ruhrort sind sie noch erheblich gestiegen, und der Bericht des Aufsichtsbeamten für 1906 sagt kurz: „Von der Einführung des im vorigen Jahresbericht erwähnten Verfahrens von Mathiesius hat die rheinische Schlackenmühle vorläufig Abstand genommen, da ein Verlegen der Mühle und ein Wiederaufbau der Mühle geplant wird.“ Die Kosten des Neubaus waren wohl zu groß gewesen. Im folgenden Jahresbericht für 1907 wurde das erst mit Freude begrüßte neue Verfahren ohne Staub gar nicht mehr erwähnt. Es heißt nur Seite 432, daß „die Zahl der Todesfälle in den Schlackenmühlen gegen das Vorjahr leider erheblich gestiegen ist, nämlich von 8 auf 17“. Davon kamen 10 allein auf eine Mühle, in der im vorhergehenden Jahre nur 3 Todesfälle vorfielen. Aber in dieser Mühle waren im Jahre 1907 95 neue Arbeiter eingestellt worden, und es ist nicht zu bezweifeln, daß neben der ungünstigen Witterung des vorigen Jahres dieser starke Arbeiterwechsel die wesentliche Ursache der starken Zunahme der Todesfälle ist, und daß durch den Arbeiterwechsel viel zu ungeeignete Leute in der Mühle angestellt werden. Denn 6 von den Gestorbenen arbeiteten nur kurze Zeit, einer davon nur 5 Tage dort, die alle beim Eintritt gesund gewesen sind. Denn die Leute werden doch alle vor ihrem Eintritt erst von einem Arzt auf ihre Tauglichkeit untersucht und ungeeignet Befundene zurückgewiesen, resp. sofort entlassen. Leider nehmen es manche Unternehmer mit dieser Verpflichtung nicht genau. So berichtet der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Steinfurt-Strahl in seinem Bericht für 1907: „Gegen den Betriebsleiter einer Thomas-Schlackenmühle wurde wegen Uebertretung der Bestimmungen des § 16 der Beschlusssatzung vom 29. April 1899 Strafvorgang anhängig gemacht, da er zwei Arbeiter angestellt hatte, obwohl sie nach Vernehmung des Arztes an dauernder Erkrankung der Lungenerkrankungen litten, und aus dem Bezirk Rier wird aus dem Jahr 1907 von einem Arbeiter berichtet, daß er nach längerer Zeit zur Arbeit in einer Schlackenmühle angestellt wurde, obwohl er schon schwer lungenkrank war, und der auch bald darauf starb.“

Nicht nur beim Mahlen der Thomas-Schlacke, sondern auch beim Verpacken und Versenden des fertigen Mehls wird oft mit stärkster Sorglosigkeit verfahren. So teilt der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Danzig mit, daß, als im Danziger Hafen ein Schiff, das Thomas-Schlackemehl geladen hatte, entladen wurde, das Schiff in eine dicke Staubschicht gehüllt wurde; und als der Hafenpeicher befragt wurde, ergab sich, daß in keinem Falle die Erde die in § 9 der Bundesratsbeschlussmachung vom 29. April 1899 vorgeschriebene Beschaffenheit hatten. Sie waren teils zu leicht und plagten in den Stapeln, teils so weitwiegend gewirbt, daß sie ungenügend durchlässig für den feinen Staub waren. Da auch diese Ausladearbeit mehrere Tage dauerte, so lag auch hier die Gefahr einer schweren Erkrankung vor.

So werden nicht nur die Arbeiter in den Thomas-Schlackenmühlen durch den ätzenden Staub an Leben und Gesundheit gefährdet, sondern auch die betreffenden Transportarbeiter. Man sieht sich der Kosten wegen vor Einrichtung eines Betriebes, bei dem Staubschüttung völlig ausgeschlossen ist, und man sieht sich ebenso vor Verwendung dichter feiner Säcke, die wenig Staub durchlassen, weil sie teurer sind, als die weiträumigen. Die für den Gesundheitschutz der Arbeiter zweckmäßigsten Einrichtungen bleiben ungenutzt, weil die Unternehmer auf Grund ihrer Konzeption lieber bei ihren alten gesundheitsgefährlichen Vertrieben bleiben.

Chemische Zollschmerzen deutscher Unternehmer.

Die Schutzgüter des Reichstags werden schon wieder einmal von Zollschmerzen geplagt: unter Führung des Zentrumsabgeordneten Dr. Witt, Vertreter des Wahlkreises Mülheim a. Rh. - Wipperfurth, haben sich polnisch-, konterbative, ultramontane Abgeordnete und

Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung unter einem Namen zusammengefasst, der in Ergänzung der Post 317 des Zolltarifs (Schweizerische Salzwerke) anderweitig nicht genannt mit einem Namen, von 20. 11. 1907, für den Doppelzentner belogen wird. Nach Post 317 gehen (in den Posten 317 bis 319) und anderweit nicht genannte Metalleide Säuren, Salze und Verbindungen von Metallen unter einander oder mit Metallen" jenseit ein. Da weder Metalle in Zolltarif ausdrücklich genannt sind, noch die Zollfreiheit der unter Post 317 fallenden Stoffe in Bezug auf Metalle durch die Handelsverträge gebunden ist, stehen der Einfuhrung des benötigten Salzes Bedenken rechtlicher Natur nicht entgegen. Ueber die wirtschaftliche Notwendigkeit eines hohen Schutzes für Metalle - die meisten der chemischen Grundstoffe, Säuren usw. gehen jenseit ein, nur wenige unterliegen Zöllen, die sich in je einem Falle auf 12 bzw. 48 M. belaufen, im übrigen aber weit hinter diesen Betrag zurückbleiben - wird wohl erst von den Antragstellern bei der Beratung des Gesetzeswunsches in Reichstagskammer zu erlangen sein. Die Einfuhr von Metallen hat sich zwar von 3013 Doppelzentnern im Monat März bis Dezember 1908 auf 4520 Doppelzentner im Jahre 1907 und 11 273 Doppelzentner in den ersten zehn Monaten des vorigen Jahres gesteigert, während die Einfuhr in den entsprechenden Zeiträumen von 11 394 Doppelzentnern auf 9164 bzw. 5692 Doppelzentner zurückgegangen ist. Bisher ist aber jedenfalls in der weichen Deffektivität nichts bekannt geworden, was die Schutzhändler des Reichstags dazu veranlassen könnte, die Gesetzgebung zur Einführung eines hohen Schutzes in Betrieb zu setzen. Die chemische Industrie in Deutschland steht nicht auf so schwachen Füßen, daß ihr sofort bei einer kleinen Verschlebung der Konjunkturverhältnisse mit einer zolltariflichen Maßnahme unter die Arme gegriffen werden müßte. Wie oft würde wohl der Reichstag angegangen werden, wenn die chemischen Arbeiter bei jeder Mehrvermehrung ausländischer Arbeitskräfte in deutschen chemischen Fabriken um geistliche Hilfe schreien wollten?

Abkürzung der Arbeitszeit in Württemberg.

Nach einer von der württembergischen Gewerbeinspektion in ihrem Bericht für 1907 aufgestellten Tabelle hätte sich bei der chemischen Industrie des Landes in den letzten zehn Jahren nur folgende Arbeitszeitverlängerung ergeben:

	1895	1905
in Stuttgart	10 St. 5 Min. 9 St. 43 Min.	
in Gemeinden mit über 5000 Einw.	10 " 10 " 9 " 58 "	
in Gemeinden von unter 5000 Einw.	10 " 9 " 10 " 9 "	
in Württemberg überhaupt	10 " 10 " 9 " 56 "	

Das würde heißen, daß bei der chemischen Industrie Württemberg die Arbeitszeit seit zehn Jahren allen technischen Fortschritten zum Trotz fast gleich geblieben wäre! Ein jammervolles Ergebnis, das sich nur erklären ließe aus der ebenso jammervollen Organisation der chemischen Arbeiter im Schwabenlande.

Erfolg kapitalistischer Organisationsarbeit.

Im „Proletariat“ wurde schon berichtet, daß sich die mittel- und norddeutschen Lederfabrikanten über die Preisdrückerei des Deutscher Kartells beim Einkauf des Rohmaterials von ihnen beklagten und eine Zusammenkunft vorbereiteten, die gegen jene „heimtliche“ Stellung nahmen sollte. Diese Versammlung fand dieser Tage in Berlin statt. Man beschloß, durch einen dreigliedrigen Ausschuss Anknüpfung an die Nordische Verkaufsvereinigung für Gerberei-Nebenprodukte, e. G. m. b. H. in Hamburg, sowie an die gemeinsame Verkaufsstelle der südlichen Lederproduzenten zu suchen. Bemerkenswert war die in der Versammlung gemachte Mitteilung, daß die Nordische Vereinigung beim Einkauf bereits in den letzten Tagen höhere Preise durchsetzen konnte. Die kapitalistische Organisation hat also sehr bald eine „Lohnerhöhung“ durchgesetzt und wird sicher durch die Vereinigung noch weitere durchsetzen. Wann machen es die Arbeiter der Lederfabriken nach?

Gleiches Recht für alle?

Der Benzinmarkt wird seit Jahren von dem Benzinartell beherrscht, das vornehmlich aus holländischen Gesellschaften und der amerikanischen Standard Oil Company besteht. Vor der Gründung dieses Syndikats hatte der Konkurrenzkampf trotz der damals erheblich härter werdenden Nachfrage auf dem Benzinmarkt Preisrückgänge hervorgerufen, die den streitenden Parteien schnell den Plan einer geschäftlichen Einigung und Aufstellung der Abgabegrenze nahelegten. Der Einkauf des neuerfindeten Kartells war denn auch bald wahrzunehmen, die Preise wurden außerordentlich stark gesteigert und ununterbrochen auf höchster Höhe gehalten. Einige Jahre dauerte dieser Zustand an, doch plötzlich begann ein Sinken der Preise, die jetzt auf dem niedrigsten Niveau, das je zu verzeichnen war, angekommen sind. Die Ursache dieses Preisrückganges blieb zunächst unbekannt, in den interessierten Kreisen bestand die Vermutung, daß das Kartell in die Brüche gegangen sei. Jetzt hat die Preispolitik des Benzinartells jedoch eine stichhaltige Erklärung erfahren. Wie dem „Berliner Morgen-Courier“ aus Handelskreisen mitgeteilt wird, ist die Preisherabsetzung des Kartellpreises lediglich erfolgt, um gegen neuerrichtete Konkurrenzunternehmen einen Kampf bis zur Vernichtung zu führen. Während der Preis für Benzin von dem Kartell auf 40 M. für 100 Kilogramm hinaufgesetzt wurde und in dieser Höhe - dem Kartell einen Gewinn von 20-22 M. erbrachte, ist der Preis nunmehr auf 20 und 21 M. herabgesetzt worden. Der „V. D. G.“ behauptet, daß dieser Preis für die Produzenten schon einen Verlust einschließt. Die weniger kapitalistische Konkurrenz kann diesen Schleudereien nicht folgen; die Wirkung ist natürlich von dem Kartell aus beabsichtigt. Es handelt sich um das typische Zeichen eines starken Kartells, das den verlustbringenden Abfall sich später reichlich bezahlen läßt, wenn die Konkurrenz erst überwunden ist. Warum wird nun, solange dieses Zeichen geistlich ausgenutzt, das Kapitalprofil erlaubt ist, nicht den Arbeitern dasselbe gestattet, wenn sie Lohnrücker und Streikbrecher auszuhebeln bestrebt sind, wie diese es als Schädlinge für den Kulturfortschritt der Arbeiterklasse auch nicht anders verdienen? Warum ist bei den Arbeitern unerlaubter und strafbarer „Terrorismus“, was die Kapitalisten ohne Scheu und Strafe tun dürfen?

Chemische Meisterbetriebe in England.

Es mag dem Organ unserer deutschen Unternehmer schwer genug gefallen sein, von folgendem aus England zu berichten: „Der Versuch der Arbeitslosigkeit ist von Wrummer, Wond u. So. der Versuch gemacht, die angestellten Arbeiter mit verkürzter Arbeitszeit zu beschäftigen. Der Versuch soll gelungen sein. Während der ersten Woche, in der nach diesem Plan verfahren wurde, wurden 107 neue Arbeiter eingestellt, von denen 52 schon früher in den Geschäftsbetrieben beschäftigt worden waren. Hauptächlich sind hierbei Arbeiter in Tagelohn in Betracht gekommen, die den größten Teil der Arbeiterkraft bilden. Diese arbeiten täglich eine Stunde weniger als gewöhnlich an fünf Werktagen, indem sie um 4.30 Uhr statt um 5.30 Uhr schließen. Gelehrte Arbeiter arbeiten 43 statt 48 Stunden in der Woche, ungelernete 44 1/2 statt 49 1/2 Stunden. Auf diese Weise ist ein Gehalt der vorher in den Werken beschäftigten Arbeiter eingestellt worden, also bei etwa 2500 Mann 250 neue Arbeiter. Die Arbeiter sollen mit diesem Vorgehen der Fabriken einverstanden sein.“ Leider fehlen noch die Lohnangaben. Wahrscheinlich haben die englischen Unternehmer keine Lohnherabsetzung eintreten lassen trotz verkürzter Arbeitszeit, und das wollte dem deutschen Unternehmerstand doch nicht durch die Feder rutschen. Deshalb blieb es weg. Selbstverständlich wären auch die deutschen chemischen Arbeiter mit solchen Maßnahmen sehr „einverstanden“. Sie wären schon froh, wenn sie nur erst die 48stündige Arbeitszeit in der Woche für gewöhnliche Zeiten erlangen könnten. In England geht's!

Unterstützung bei Berlin. Eigenartige Zustände bestehen in der chemischen Fabrik von E. A. S. K. A. h. a. u. m. Wird ein Arbeiter neu eingestellt, so erhält er einen Stundenlohn von 33 Pf. mit der Zustimmung: „und die diversen Zulagen“. Glaubt man, die letztere werde nicht lange auf sich warten lassen, so hat man sich geirrt. Es vergehen bis zu 6 Monate, bis die Beamten des Befähigungs, eines diesjährigen Zulages, einen Pflanz Zulage gewähren. Ist

man zwei Jahre in dem Betrieb, so kann man es bei einer Befähigung auf 35 Pf. von Stunde bringen. Ist ein Arbeiter ein Jahr in dem Betrieb beschäftigt und vertritt er, so erhält er auf seinen Wunsch einen Beamten Gehalt zum Selbstkostenpreis von 1.05 M. Der Betrag wird am Monatsende vom Lohn in Abzug gebracht. Wer zwei Jahre beschäftigt ist, hat Anspruch auf 1/2 Monats Gehalt. Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß der bessere Teil des Lohnes bei der Verteilung den Beamten zufällt, während der Rest in der Regel solches Land erhalten, was in den letzten Jahren die Arbeiter der Rüstwerke einbringt. Wer 3 Jahre in dem Betriebe ist, erhält auf Kosten des Besitzers einen Beamten Gehalt vom Betrag des Selbstkostenpreises. Es freut sich ein Arbeiter der besonderen Ehre, seinen Gehalt zu erhöhen, so wird er monatlich angestellt. Er erhält dann als Zulage Gehalt gewöhnlich 30 Pf., nach 20 Jahren kann er es bis auf 1.10 Pf. bringen. Diese Arbeiter haben zugleich vorzugsweise eine Befähigungsfestung von 6 Wochen. Die Befähigungsfestung, wie in fast allen chemischen Fabriken, in Potsdam, wo sich Gehalt auf 1.10 Pf. anheben lassen. Woche aber demjenigen Arbeiter, der es mag, gegen irgend welche Mißstände seine Stimme zu erheben. So fand am 11. Dezember die Generalversammlung der Betriebskassen statt. Ein Arbeiter hat den Vorstand in höchster Weise, bei der Betriebsleitung dahin vorstellig zu werden, daß der letzte Beamten Gehalt des Monats mit Gehalt zu erhöhen werden möge, um die anderen Arbeiter vor Entlassung zu schützen. Dieser Arbeiter erhielt nach drei Tagen seine Entlassung! Das Befähigungsfestung beträgt: „Die Arbeiter hat derselbe zur vollen Zufriedenheit ausgesetzt. Grund der Entlassung: Veränderung im Betriebe.“ Aber die Beamten schauten sich wohl selbst ihrer Zeit. Es ist sonst üblich, daß Entlassungen im Bureau erfolgen, in diesem Falle hatte man Papiere und Geld dem Portier ausgereicht. Und nicht einmal auf einem Protest riefte sich die übrige Arbeiterschaft des Betriebes auf? Diese Feigheit ist jämmerlich. Wenigstens sollten die Kollegen des Gemächtergen diese Beilen der ausländischen Gewerbeinspektion aufstellen, damit viele erzählt, welche Betriebsgrundzüge in dieser Fabrik herrschen! (Red.)

X Stettin. Am 18. Dezember wurden von dem hiesigen Nachweis der Industriellen 30 Mann nach der „Union“, Fabrik chemischer Produkte, gefasst, um ein Schiff zu löschen. Während nach langer Arbeitslosigkeit wieder einmal Beschäftigung gefunden zu haben, griffen die Leute die Arbeit tapfer an. Waren sie doch in dem guten Glauben, daß sie einen Vorstoß zum Lohn erhalten würden, um die hungernden Mägen dahem befriedigen zu können. Als jedoch der Sonnenabend herankam und die Arbeiter, die teilweise bereits 11 bis 12 M. verdient hatten, in das Kontor kamen, um den Vorstoß abzugeben, wurden ihnen von dem Herrn Dr. Bergen ganze 2 M. als Vorstoß angeboten. Einige der Arbeiter, welche in großer Not waren, nahmen die zwei Mark an, andere wieder verzichteten auf die Großmütigkeit. Seitdem der frühere Betriebsleiter einen tödlichen Unfall zum Opfer fiel und der neue Herr das Kommando führt, haben die Arbeiter sich in der Fabrik selbst unter allerlei Schikanen zu setzen. Der Tarif, welcher mit dem Vorgänger abgeschlossen wurde, mußte schon bisher am Tagelohn oft allerlei unverständliche Klarlegungen erfahren; erst dann wurde das Geld gezahlt. Jetzt hat aber der Betriebsleiter den Tarif ganz gekündigt, und ein neuer soll in nächster Zeit den Arbeitern vorgelegt werden. Ein Meister Knack sucht leider dem Betriebsleiter in ungeschöner Verhandlung der Leute nachzusetzen. Da der Betrieb an dem andern Oftern liegt, ist von der Firma ein gewisser Führer angestellt worden. Dieser Führer ist nun der Schwiegersohn des Meisters Knack, und werden diesem die besten Arbeiten in der Fabrik zugewiesen. Andere, weniger sachkundige Leute werden dafür zum Überlegen der Frauen der Arbeiter bestimmt, wenn diese mit dem Mittagessen erscheinen. Im Hinblick auf etwaige Unfälle ist dies sehr zu tadeln und sollte der Aufsichtsbefehl für den Betrieb wirtlich gemacht werden. Ein früherer Gastwirt, welcher, weil er sein Lokal den Arbeitern nicht zur Verfügung stellte, nicht erfindungsfähig war, wurde als Lohnberechner angestellt. Immer, wenn ein Arbeiter etwas verdient hat, glaubt dieser für sein Amt durchaus ungeeignete Mann Vorkommnisse machen zu müssen, welche die Leute schwer verletzen. Wann in der Zweig-Fabrik zu Stettin herrschen Mißstände. So wurden einem jungen Arbeiter, als der Feiler frant geworden war, nicht weniger als drei Kessel zum Heizen übergeben. Es wäre dabei ein leichtes gewesen, einen leistungsfähigen Feiler heranzuführen, weil im Hauptbetriebe mehrere beschäftigt sind. Beim Ausfahren der Kessel mußte ohne Abzug (d. h. wohl: volle 12 Stunden) gearbeitet werden. Eine Beschwerde beim Meister Stollen half nichts, obgleich in dem Kessel der Stand so dicht ist, daß einer den andern auf ein paar Schritte nicht mehr erkennen kann. Auf der einen Seite müssen Arbeiter wegen Mangels an Arbeit entlassen werden, und auf der anderen Seite müssen Leute auf demselben Betriebe 12 und mehr Stunden unter höchst unangenehmen Gesundheitsverhältnissen arbeiten. Und die Ansicht, daß hier vor allem Organisation nötig ist, läßt bei den Arbeitern noch sehr zu wünschen übrig. (Der Geschäftsbereich der Fabrik für 1907/08 entnehmen wir, daß bei sonst normaler Arbeit in den Fabriken die Säure-Fabrikation eingeschränkt werden mußte, um nicht zu große Vorräte sich anzuheben zu lassen. Ebenso waren die Zufuhre von Säure wesentlich geringer. Bei 630 Millionen Mark Grundkapital sind 233 Millionen Mark (128 Millionen Mark) Kreditoren vorhanden, denen nicht weniger als 5,75 Millionen Mark (5,13 Millionen Mark) Debitoren gegenüberstehen. Der Reservefonds ist mit 1,26 Millionen Mark, der Vorkredit- und Erneuerungsfonds mit 0,83 Millionen Mark ausgestattet. Redaktion.)

Oberschlesische Polizeiwirtschaft.

Die Handhabung des neuen „Voll-Reichsvereinsgesetzes“ durch unsere zuständigen Behörden ist „musterhaft“. Wer die Taten des neuen Reichsvereinsgesetzes noch nicht kennt, den bitten wir, nur nach Oberschlesien zu kommen, hier lernt er alles kennen, vor allem aber die Ausführendenbestimmungen der Polizeibehörden. Nach dem neuen Vereinsgesetz dürfen Mitgliederversammlungen von Partei und Gewerkschaften nicht mehr abgehalten werden, das scheint aber die ober-schlesische Polizei nicht zu wissen. In der berühmten ober-schlesischen Polizeischule wird eben an Stelle des Vereinsgesetzes und anderer Gesetze „Schul-Diktum“ studiert. Kein Wunder, wenn dann die Politischen Mitgliederversammlungen überwachen wollen, Parteiversammlungen auflösen, weil der Redner „das Politische zu sehr geistert“ hat, das Polnischreden in den Mitgliederversammlungen verbieten usw.

Ein kleines Beispiel dafür. Der Bergarbeiterverband wollte in Gnesen bei Kattowitz eine Versammlung unter freiem Himmel abhalten. Der Gemeindevorsteher machte die Erteilung der Genehmigung von einer Mitteilung über den Zweck und die Notwendigkeit dieser Versammlung abhängig. Aber der Herr Gemeindevorsteher war sonst sehr loyal, er meinte, nach dem Gehörten hätte er nichts gegen die Abhaltung der Versammlung einzuwenden. Der Tag der Versammlung war da, der Gneiser aber ohne Genehmigung. Nochmals zum Gemeindevorsteher hin. „Aber selbstverständlich dürfen Sie Ihre Versammlung abhalten!“ sagte der. „Aber warum schiden Sie uns denn nicht die Genehmigung über die erfolgte Anmeldung?“ „Aber, guter Mann, diese Genehmigung haben wir Ihnen bereits vor drei Tagen zugewiesen.“ „Aber ich habe doch keine Genehmigung erhalten.“ „Daher, hier ist das Polnisch.“ „In zwei Stunden soll die Versammlung stattfinden, bitte, stellen Sie uns doch ein Duplikat aus.“ „Ja, das können wir nicht, wir haben unsere Pflicht getan und damit ist für uns die Sache erledigt.“

Jetzt zur Polizei. - Von den Polizeibeamten werden alle früher durchgeführten der Verleumdung, nichts ist da. - Die Versammlungsstunde brach unterdes heran, die Versammlung wurde eröffnet. Der Überwachende verlangte die Genehmigung, welche ihm nicht vorgelegt werden konnte, darauf erfolgte die - Auflösung der Versammlung. Schlussableu.

Tags darauf bekam der Einsender die Genehmigung. So, wer bringt Licht in dieses Dunkel?

In letzter Zeit ist es der Fabrikarbeiterverband, der sich mit der Polizei herumplagen muß, speziell mit der Kattowitzer Polizei, die erste Zeit wegen der Überwachungs, dann war es wieder der Bergarbeiterverband. Wegen dieser Sachen sind Streikverfahren in der Schwebe.

Aber durch den letzten Vorfall erwachte sich die Polizei sicherlich einen Obden. Der Fabrikarbeiterverband in Kattowitz hatte die Abhaltung eines Verbandsversammlungs für die Kattowitzer Verwaltung angelassen. Mitglieder beschlossen. Die theatralischen und humoristischen Aufführungen sollten in Rücksicht auf unsern zum Teil Deutsch, zum andern Teil Polnisch sprechenden Kollegen deutsch und polnisch aufgeführt werden. Die Vorarbeiten waren soweit getroffen; der „Reichshallenrat“ für den 10. Januar bestellt. Polnische Gesänge von der Kattowitzer Ortsverwaltung ging wegen der Anmeldung und der Vergütungsteuer zum Polizeikommissor. Nach verschiedenen Fragen und Antworten seitens unseiner Kollegen und des Polizeikommissors sagte letzterer: „Die Genehmigung zu einem Vergnügen als „geschlossene Gesellschaft“ können wir nicht erteilen, weil die Fabrikarbeiter an Ort keinen Verein haben, sondern nur an Hannover angeschlossene Einzelmitglieder sind.“ Auf die Erwiderung unseiner Kollegen, daß wir doch in Kattowitz einen Verein hätten und eine eigene Ortsverwaltung gewählt hätten, erklärte der Inspektor: „Der Verband der Fabrikarbeiter und seine Mitglieder in Oberschlesien können als ein Ganzes nicht angesehen werden, weil unter seinen Mitgliedern alle möglichen Elemente sind und ein Vergnügen dieser Leute auf alle Fälle einen öffentlichen Charakter hat.“ (1) Auf weitere Unterhandlungen ließ sich der Polizeikommissor nicht ein, sondern erklärte bündig: „Die Genehmigung zu einem Vergnügen als „geschlossene Gesellschaft“ geben wir nicht, und wenn Sie das Vergnügen wirklich als solches abhalten werden, so wir es Ihnen halt einfach auf. Sollte es öffentlich abgehalten werden, so wissen Sie, daß die Reichshallen-Bühne für Theater und humoristische Vorträge nicht konzipiert ist, also fällt Theater dann gänzlich aus. (Andere literarische Vereine führen in der Reichshalle Theater bis ultimo auf.) Den Tanz dagegen, aber nur mit 11 Uhr Polizei und e, können wir erlauben, aber das wäre auch alles.“ Unser Kollege erklärte diesem Herrn darauf, daß wir uns mit dem Bescheid nicht zufrieden geben. Damit war die Unterredung beendet.

Der nächste Weg führte unsern Kollegen zum Bürgermeister Neugebauer. Der empfing ihn auch bereitwillig, obwohl sonst eine Ansprache mit dem Bürgermeister so schwierig ist wie eine Audienz beim Fürsten von Kottul. Doch dieser Herr ging noch geschickter um den Drei herum wie der Polizeikommissor, er gab überhaupt keine verbindende Erklärung ab, sondern rief unsern Kollegen nur: „Um die Genehmigung müssen Sie schriftlich die Polizeiverwaltung angehen, damit diese Sache auch der Stadtrat den in die Hände bekommt. Doch zu Erteilung der Genehmigung ist notwendig, daß Sie uns angeben, was alles aufgeführt wird; die Theaterrollen müssen eingereicht und die Mitgliederzahl angegeben werden, auch ob Fremde hineinkommen oder nur geladene Gäste, wie groß die Teilnehmerzahl überhaupt ist, und alles dieses sehr genau.“ Damit war unser Kollege gänzlich entlassen. Darauf sind wir schriftlich an die Polizeiverwaltung herangegangen. Das, was sie wissen wollte, teilten wir ihr mit. Am 23. Dezember bekamen wir folgenden Bescheid:

An Herrn Viktor Sosna
Beauftragter der Kattowitzer Ortsverwaltung
des Fabrikarbeiterverbandes.

Zum Schreiben vom 17. d. M.

Das von den Mitgliedern des Fabrikarbeiterverbandes beabsichtigte Vergnügen kann als ein solches in „geschlossener Gesellschaft“ nicht angesehen werden, es sprechen alle Umstände dafür, das dasselbe öffentlich stattfinden soll.

Zur Veranstaltung öffentlicher Gesangs- und deklamatorischer Vorträge und theatralischer Aufführungen ist die Reichshalle nicht konzipiert und kann eine solche Genehmigung nicht erteilt werden.

Zur Veranstaltung öffentlicher Tanzveranstaltungen ist die polizeiliche Genehmigung erforderlich, die wir im vorliegenden Falle verweigern müssen.

geg. 2 u.,
Stadtrat.

Also soweit wären wir; aber nur nicht den Mut finden lassen, wir werden unser Vergnügen doch abhalten trotz Polizei-Inspektor, Stadtrat und Bürgermeister. Vorläufig geht diese Angelegenheit noch andre Wege. Aber nach Canossa gehen wir nicht! -da-

Korrespondenzen.

Walen. Auch Herr Enslin in Walen hat das Fest der Liebe dazu benutzt, seine Arbeiterfreundlichkeit ins rechte Licht zu rufen. Ausgerechnet am Montag vor dem Fest kündigte er seinen, ohnehin herzlich schlecht entlohnenden, Arbeitern eine Lohnkürzung an. Außerdem bezog er für den Tag vor Weihnachten, an dem der Betrieb mittags geschlossen wird, nur für 5 Stunden den Lohn, obwohl die Arbeiter 5 1/2 Stunden arbeiten müssen. Wie nun die Arbeiter mit ihrem Verdienst von 2,60-2,70 M. pro Tag, der ihnen jetzt noch gekürzt wird, durch den Winter kommen, scheint den Herrn gar nicht zu kümmern. Ihm genügt es, daß seine Lohnkürzungen vor Weihnachten mit verdoppelter Anstrengung gekämpft haben - mögen sie jetzt Hungerpfoten fangen. Natürlich sind auch hier, wie fast überall, die Arbeiter mitschuldig. Bärer sie organisiert, damit der Herr nicht so rücksichtslos mit ihnen umspringen.

Obst. Bei der Agitationsarbeit in der hiesigen Zuckerfabrik die während der letzten Kampagne ganz besonders eifrig betrieben wurde, ist es uns gelungen, einen Teil der beschäftigten Arbeiter für die Organisation zu gewinnen. Wesentlich gefördert wurde unsre Agitation durch das Vorgehen der neuen Direktion. Durch Einführung neuer Maschinen wurden 30 Arbeiter überflüssig und den übrigen brachte die Lohnberechnungsmethode der Direktion einen Vergleich zu früheren Jahren nicht unbeträchtlichen Lohnausfall. Unter dem neuen Regiment haben auch die Beamten und Ausheber manche Schwächen entdeckt und wo früher Einbildung und stolzer Stolz, vereint mit Rücksichtslosigkeit der Arbeiterkraft, den Erwerb erschwerten, mag jetzt etwas mehr Einsicht hervorgerufen sein.

Einer der größten Mißstände, dessen Beseitigung die Arbeiter sich angelegen sein lassen müssen, ist das Überfülltwerden. Man kann verstehen, daß der geringe Lohn durch Überfülltwerden aufgefressen werden soll, aber im Interesse der Arbeiterkraft liegt das nicht, und wer die Kollegen am Ende der Kampagne betrachtet, sieht die Überanstrengung auf den ersten Blick. Eine normale Arbeitszeit und trotzdem auskömmlicher Lohn muß das ernsteste Bestreben aller Kollegen sein. Das kann aber nur mit Hilfe der Organisation erreicht werden. Die schwachen Großbauern als Aktionäre können schon von ihren Dividendengewinnen so viel fahren lassen, um den Arbeitern menschenwürdige Bezahlung für die schwere Arbeit zukommen zu lassen.

Ein anderer Mißstand sind die Arbeiterwohnungen der Zuckerfabrik. Sie werden allgemein als Rufernen bezeichnet, verdienen diesen Namen aber nicht - sie sind viel schlechter. In Kammern, die 7-8 Meter lang und 4 Meter breit sind, wohnen 30 Arbeiter. Die Betten vorstellend stehen sie zu zweien übereinander und lassen nur einen schmalen Gang in der Mitte und einen schmalen Gang zwischen den Betten. In der Mitte steht ein Tisch, der einen Raum als Aufenthaltsort übrig. In Ermangelung eines anderen Platzes legen die Arbeiter auf ihre Lagerstätte, schreiben Briefe, essen, rauchen, spielen Karten usw. Daß die Luft in diesen überfüllten, schlecht ventilierten Räumen nichts weniger denn gesund ist, versteht sich am Bande. Wer unvorsichtlich diese Räume betritt, ist aber die Luftverschmutzung in solchen Höhlen gewöhnlich entsetzt. An der Beseitigung dieser eines Arbeiters unwürdigen Zustände muß wirken, ist die Pflicht aller Beteiligten.

Als weitere Episode sei noch erwähnt, daß die Vorkundensche Gewerbeverein der Zuckerfabrik einen Besuch abstatteten, um sich den Betrieb in Tätigkeit anzusehen. Nach beendeter Besichtigung veranstalteten die 130 Besucher eine Sammlung, die ganze - 53 Pfennig ergab, welche geschicklich der Kollegschaft zugebracht wurde. Da aber niemand wußte

Geld haben wollte, mußte es den Gewerksvereinen wieder zugestehen werden.

Außer der Zuckerrüben kommen in hiesiger Gegend noch eine Anzahl Papierfabriken für unseren Verband in Betracht; darunter: Riefenbetriebe wie der Riefenbetriebe mit seinen überall verteilten Filialen.

Wir werden im Verein mit den Kollegen der umliegenden Zuckerrüben auch in diesen Betrieben mit einer planmäßigen Agitation einsteigen und ermahnen unsere Kollegen schon heute, ihren Mann zu stellen, wenn sie zur Arbeit gerufen werden. Mag diese Arbeit schwer sein, sie muß geleistet werden. Niemals darf bei uns der Gedanke Platz greifen, daß bei solchen Betrieben, die gewissermaßen von der Außenwelt abgesperrt sind und wo die Arbeiter, eingekerkert durch Wachen und Wachen, die Organisation aus dem Wege gehen, nicht fester Fuß gefaßt werden könnte.

Wir müssen in diese Unternehmungskette à la Riefenbetriebe einsteigen, um uns den Weg für die Zukunft zu ebnen.

Gaißelwald. In der hiesigen Papier- und Pappfabrik wurde kürzlich ein Arbeiter entlassen, weil er einen Kollerang, an dem kein Ausrunder vorhanden war, mit einem Knüttel einrückte. Nun ist aber das Einrücken mittels Knüttels bei Maschinen ohne entsprechende Vorrichtung gang und gäbe, und es wäre schlechterdings unerträglich, wenn der Arbeiter dadurch seine Entlassung verdient haben sollte. Der Vorgang erhält aber sofort Licht, wenn wir mit berichten, daß — der Gewerbeinspektor zufällig dabei stand. Dem war eine solche primitive Art, Maschinen in Gang zu setzen, natürlich nicht genehm, und die Firma dürfte deshalb in nächster Zeit entsprechende Vorrichtungen anschaffen müssen. Das macht den Vorgesetzten der Betriebsleitung und die Entlassung des Arbeiters erklärlich. Trotzdem oder vielmehr gerade deshalb verdient das Vorgehen der Firma schärfsten Einspruch. Durch solche Maßnahmen werden die Arbeiter geradezu gezwungen, dem Aufsichtsbemerkungen und Mängel des Betriebes zu verheimlichen. Hinterher schreiben dann die Beamten in ihren Jahresberichten, daß die Arbeiter dem Arbeitgeber noch nicht das nötige Interesse entgegenbrachten. Daß es nicht mangelndes Interesse, sondern Furcht vor Entlassung ist, die den Arbeitern den Mund verbindet, ahnen die Herren, denen der Unternehmer das Ohr mit schönen Reden stopft, ja oft nicht. Für die Arbeiter des Betriebes sollte das Vorgehen der Firma eine Warnung sein; eine Warnung in dem Sinne nämlich, daß sie durch Anschlag an ihren Verband die Vorbedingung für besseren Arbeiterschutz schaffen.

Rundschau.

— **Streits und Differenzen** bestehen in: Mannheim, Göttingen und Weiswasser.

Zugung ist nach den angeführten Orten streng fernzuhalten.

Ein Verbandsfunktionär wie er sein soll,

ist zweifellos Genosse Krämer, der Kassierer der Zählstelle Velten des Zählverbandes. Krämer ist nämlich seit der Gründung des Velten Fachvereins im Januar 1884 ununterbrochen Kassierer der Zählstelle gewesen. In einem warmen Begrüßungsartikel schreibt das Organ des Zählverbandes:

„In Velten als Freund — immer war unser aller Krämer dabei. Er war in dieser ganzen Etappe der Entwicklung der Velten Arbeiterschaft zu Kassierer, zielbewußter Organisation der ruhende Pol in der Organisation. Alle Vorstandsämter in unserer Velten Arbeiterschaft wechselten, oft mehr, als eigentlich gut war, manchen Vorständen sah Albert Krämer in diesen Zeiten an seiner Seite, auch sie wechselten, Ungunst des Schicksals, Amtsunfähigkeit, Tod oder Versetzung auf einen andern Posten in der Arbeiterbewegung riefen sie von ihrem Posten ab. Aber Albert Krämer blieb, er überdauerte alle. Und er wird auch noch länger seines Amtes walten. Eine jetzige Ausdauer, eine jetzige Beharrlichkeit, die geehrt und anerkannt zu werden verdient!“

Der jüngeren Generation rufen wir zu: Nehmt auch ein Beispiel an Krämer! Beachtet und eiert seine Treue und Beharrlichkeit im Dienste des Proletariats! Eiert ihm nach und ihr habt nicht umsonst gelebt!“

Jubiläum.

Die „Holzarbeiterzeitung“ feierte in ihrer letzten Nummer des alten Jahres ein Jubiläum. Am 27. Dezember waren es nämlich 25 Jahre, daß der Deutsche Zählver-Band gegründet wurde, der im Jahre 1883 in den Deutschen Holzarbeiterverband aufging.

Die Gründung des Deutschen Zählverbandes fällt in die erste Hälfte der Entstehung des Sozialistengesetzes. Das im Jahre 1878 erlassene Sozialistengesetz hat nicht nur die politischen Organisationen der Arbeiter, sondern auch die Gewerkschaften hinweggekehrt. Zu den Opfern des Sozialistengesetzes gehörte auch die Organisation der Zähler, der Zählverband. Es war ein gewisses Mangel, als der Zählverband in Mainz zu Weihnachten 1883 die Gründung einer Zentralorganisation beschloß.

Am Schluß des ersten Geschäftsjahres gehörten der Organisation 52 Vereine mit 4152 Mitgliedern an. In den folgenden Jahren wuchs der Verband mit mangelnder Schwere zu kämpfen, die letzten Fortschritte hemmten. Eine Forderung trat erst ein, als im Jahre 1886 auf dem Verbandstag in Göttingen eine straffere Zentralorganisation geschaffen wurde; aus dem Verband von Vereinen wurde der „Deutsche Zählverband“. Am Schluß des Jahres 1887 zählte der Verband bereits 86 Zählstellen mit 6013 Mitgliedern und in den folgenden Jahren war eine ständige Zunahme sowohl der Zählstellen, als auch der Mitglieder zu verzeichnen. Ende 1889 war der Verband auf 10430 Mitglieder in 127 Zählstellen angewachsen.

Als der Verbandstag in Hannover am 30. Dezember 1890 zusammentrat, war kurz zuvor das Sozialistengesetz aufgehoben worden. Es herrschte ein neues gewerkschaftliches Leben und die Organisationsfragen wurden lebhaft diskutiert. Auf dem Verbandstage und dem im vorausgegangenen Zählkongress wurde der Zusammenschluß der verschiedenen Verbände in der Holzindustrie angeregt und der Verband beschloß, die hierzu erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Eine Folge dieser Verhandlungen war die Einberufung des Zählkongresses, der am 3. April 1895 in Kassel zusammentrat und die Gründung des Deutschen Holzarbeiterverbandes beschloß. Die neue Organisation nahm am 1. Juli 1895 ihre Tätigkeit mit 2745 Mitgliedern auf, darunter 1940, die ihr der Zählverband beibrachte. Diese die glückliche Entwicklung, die der Holzarbeiterverband seiner gemeinsamen hat, auch in Zukunft weiterzugehen.

Der Soldat ist die Grenze für den Patriotismus.

„Landwehrzeitung“ bringt in Nr. 135 vom 10. November einen Artikel über die Entziehung militärischer Befehle und Befehle des Amtes in ein Jahr Julius von Bismarck. Die Zeitung hat dieses inoffiziell und an dieser Stelle nicht, es soll hier nur die Sache kurzgefaßt werden, der ein recht charakteristisches Zeugnis enthält. Nachdem der Artikel die mangelnde Notwendigkeit einiger militärischer Befehle auf folgende Punkte hinweist und langweilige Prozeduren und Unklarheiten hat, schreibt er:

„Was will auch das Geld weiter hindern, da man der Sache zu, daß das Landwehr-Bureau der aktiven Soldaten Soldaten eine Menge inoffizieller Anträge gegen die Privatangelegenheiten einbringen wird! Das ist endlich ein Zugabe, weil jeder Patriotismus beim Soldaten keine befriedigende Grenze findet.“

Der Soldat ist die Grenze und werden nicht verlassen, die der Patrioten müssen immerhin ab und zu auf diese Grenze aus dem eigenen Leben blicken.

Gegen die Prämierung der Gefährdeten.

Einmal ist es von der Arbeiterbewegung gesagt worden, daß Unrechtfertigkeit, die gegen die Arbeiterbewegung verfahren wird, von Unrechtfertigkeit der Arbeiterbewegung bestraft werden. Jetzt hat uns das Unrechtfertigkeit in einem anderen Sinne gezeigt. Ein Unrechtfertigkeit in Berlin hat einen Arbeiterverführer ange-

meßene Mittagspause gewährt und war deshalb vom Landgericht zu — 5 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte obenbrein noch Revision ein und rügte unter anderem Verjährung. Der erste Strafsenat des Kammergerichts verwurfs das Rechtsmittel. Er billigte in rechtmäßiger Beziehung vollkommen den Standpunkt des Landgerichts und führte dann weiter aus: Von einer dreimonatigen Verjährungsfrist, mit der Angeklagter rechne, könne hier nicht die Rede sein. Es handle sich vielmehr um ein erst nach Jahren verjährendes Vergehen, da wegen Nichtbeachtung des § 1390 u. a. als Höchststrafe 2000 Mark angedroht seien. Es sei sonderbar, daß Angeklagter und sein Anwalt darauf nicht gekommen wären. Das komme daher, daß so merkwürdig geringe Strafen bei Vergehen gegen sozialpolitische Gesetze verhängt würden. Wenn ein Angeklagter deshalb mal mit 300 Mark bestraft würde, dann würde er es schon merken, daß es ein ganz geheißes Vergehen sei und daß der Schutz der Arbeiter mit Energie verlangt werde. — Es kann nichts haben, wenn sich die unteren Instanzen zu Herzen nehmen, was das Kammergericht hier sagt.

Förderung des Selben — Krieg den Aufrechten.

Auf der Verbandsversammlung der Hauptstelle deutscher Arbeiterverbände, die am 15. Dezember des verflossenen Jahres in Berlin stattfand, hielt Dr. Hoff-Eißfeldt einen Vortrag über „Verbände“ (lies gelbe) und Dr. Zänger einen solchen über die Koalitionen der Privatangestellten und Arbeiter. Das Ergebnis der beiden Referate sagt die „Tonindustrie-Zeitung“ in folgenden Sätzen zusammen:

„Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Verbände herufen sind, den Frieden zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu fördern, und daß noch vieles getan werden kann, um die Bedeutung der Verbände zu heben und für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. Die Bestrebungen der Angestellten, sich zu Vereinigungen zusammenzuschließen, haben in der Gegenwart die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise auf sich gezogen. Man hat erkannt, daß diese Vereine beginnen, im Wirtschaftsleben eine immer größere Rolle zu spielen. Der Arbeitgeber darf deshalb nicht achlos an ihnen vorbeigehen. Die Hauptstelle steht auf dem Boden der gegenseitigen Koalitionsfreiheit; sie tritt deshalb der Koalition der Privatangestellten durchaus nicht entgegen, hält sich aber für berechtigt und verpflichtet, wenn die Koalition zu bewußten Schädigungen des Unternehmers mißbraucht wird, solche etwaigen Bestrebungen energisch zurückzuweisen. Sie hält es ferner mit den Grundrissen der Koalitionsfreiheit nicht für vereinbar, wenn den Koalitionsbestrebungen der Arbeiter, die nicht auf gewerkschaftlicher Grundlage stehen, von den Gewerkschaften und auch von bürgerlicher Seite Hindernisse in den Weg gelegt werden.“

Somit aus den gewonnenen Sätzen überhaupt Flug zu werden ist, soll damit gesagt sein, daß die Hauptstelle das Recht der Arbeiter anerkennt, sich in gelben Unternehmungskruppen zu vereinigen, daß sie aber jede selbstbewußte Bewegung, jede energiegeladene Vertretung der Arbeiter- und Angestellteninteressen rückwärts belächeln will. Die Hauptstelle geht in ihrer Koalitionsfreundlichkeit sogar soweit, über Hindernisse zu räsonieren, die den Gelben angeblich in den Weg gelegt werden. Die gelben Verräter haben die unternehmerliche Färbung sicher verdient!

Ein Schlag gegen die englischen Gewerkschaften.

Vor einiger Zeit hatte der Sekretär einer reaktionären Sektion der Eisenbahner in Walthamstow den Gesamtverband der Eisenbahnangestellten (Amalgamated Society of Railway Servants) wegen Mißbrauch der Verbandsgelder verklagt. Der Kläger behauptete, der Verband habe durch seinen Anschlag an die Arbeiterpartei (Labour Party) und die damit verbundene Beteiligung an den Parlamentswahlen, die sehr viel Geld kosten, sowie die Entschädigung der Abgeordneten, welche vom Staat keine Diäten beziehen, seinen statutenmäßigen Wirkungskreis überschritten. Der Richter, ein weiser und gerechter Mann, wies die Klage mit einer sehr guten Begründung ab und die Sache schien damit erledigt. Es schien aber nur so. Der Kläger war nicht zufrieden; er zog die Sache vor den Appellgerichtshof, und dieser hat nun das erstinstanzliche Urteil vollständig umgestoßen. Das Gewerkschaftsgericht von 1871 — so begründete der Präsident des Gerichtshofes sein Urteil — habe keine politischen Ziele der Gewerkschaften im Auge gehabt. Die Gewerkschaften umfassen Anhänger der verschiedensten politischen Anschauungen und es sei daher nicht die Pflicht des Gerichtshofes, einer Majorität die Macht zu geben, die Mitglieder der Minderheit zu zwingen, durch ihre Stimmen und ihre Beiträge politische Grundzüge zu unterstützen, die ihnen zuwider sind. Die Minderheitsmitglieder liefen sonst immer Gefahr, ausgeschlossen zu werden, alle ihre Rechte zu verlieren, ja unter Umständen keine Arbeit mehr zu finden. In all den Fällen nämlich, in denen die Verbandsmitglieder sich weigern, mit Nichtorganisierten zu arbeiten. Die Statutenänderung, die den Anschlag an die Labour Party enthalte, sei deshalb ungültig.

Das Urteil des Appellgerichtshofes wird die politische Bewegung in den englischen Gewerkschaften natürlich in keiner Weise eindämmen oder hindern. „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg“, sagt der Engländer. Und der Weg gibt es hier gar viele. Im schlimmsten Falle bleiben die Engländer freiwilliger Beiträge, die, nebenbei bemerkt, in England einen viel solideren Boden haben als etwa bei uns, sowie die Zahlung der Abgeordneten unter einem harmlosen Titel. Vorläufig jedoch werden die englischen Gewerkschaften b. u. g., das Urteil umzusetzen. In erster Linie wird man an die höchste richterliche Instanz des Landes, den Gerichtshof des Oberhauses, appellieren.

Eingegangene Schriften.

Ersuchen erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts:

Der Anarchismus und die Arbeiterbewegung, von Simon Kropotkin. Aus dem Inhalt geben wir folgende Titelübersichten wieder: Allgemeines. — Anarchistische Taktik. — Antiparlamentarismus. — Anarchismus und Gewerkschaftswesen. Der Preis ist 20 Pfennig. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolportage.

Verbandsnachrichten.

Dieser Nummer des „Proletariats“ liegt das Inhaltsverzeichnis für den Jahrgang 1908 bei. Reichlich die zugefandenen Verzeichnisse nicht aus, so find weitere beim Vorstand zu bestellen.

Vom Vorstand werden einige gebundene Exemplare des „Proletariats“, Jahrgang 1908, zum Preise von 8 Mk. einschließlich postfreier Zustellung abgegeben. Bestellungen hierauf sind umgehend einzureichen.

Vom dem Kaiser für das Jahr 1909 sind noch einige hundert Exemplare vorrätig. Desgleichen können noch Protokolle vom Münchner Verbandstag zum Preise von 15 Pf. pro Stück bezogen werden. Die Monatskalender sowohl wie Verbandsprotokolle bilden wichtige Informationsquellen für jedes tüchtige Mitglied. Die Anschaffung derselben kann nur dringend empfohlen werden.

An die Ortsverwaltungen!

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Mitgliedsbücher und -karten für die aus andern Verbänden überretenden Mitglieder nur im Bureau des Vorstandes ausgestellt werden. Seitens der Ortsverwaltungen in das frühere Mitgliedsbuch nebst einem Antrag an die Adresse August Bren, Hannover, Kämpfstraße 5, 3. St.,

einzuenden, worauf die unentgeltliche Zustellung des neuen Mitgliedsbuchs erfolgt.

Der Vorstand.

Vom 20. Dezember ab gingen bei der Hauptstelle folgende Beträge ein:

Schleudig 688,72. Bremen 648,10. Freientwalde a. O. 157,14. Halle a. S. 22. —. Olfenstet 3,70. Havelberg 1,65. Pöhlitz 1,65. Bremen — 90. —. Dären — 75. Neudamm 209,98. Grimma 35,68. Halle a. S. 600. —. Magdeburg 481,79. Merseburg 215,49. R. 23. 100. —. Mainz 15. —. Würzburg 2,25. München 1,05. Penig 216,30. „Proletarier“, 4. Quartal 45,14. Hagen 6. Pf. 143,49. Radeberg 98,04. Hagen 94,92. Neu-Flensburg 70. —. Hagenberg 112,73. Dessau 963,84. Leipzig 622,97. Pflanzstadt 500. —. Tangermünde 329,13. Salzwedel 305,27. Uterfen 292,16. Gartha 249,90. Rühnig 241,40. Würzburg 174,72. Torgau 129,08. Mühlentheim 120,54. R. Krogenburg 78,94. Penigberg 71,90. Althaldensleben 64,78. Ohlau 41,13. Jörbig 28,42. S. E. 25. —. Wernigerode 11,74. Erbschäcker 4,60. Eingeliegte 122,70. Schluß: Montag, 4. Januar, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1908 haben eingefandt:

Landberg a. d. W. Groß-Mühlen, Freientwalde, Forst, Guben, Schleudig, Merseburg, Penig, Neudamm, Hagen, Rühnig, Hagen, Magdeburg, Wernigerode, Ratibor (3. und 4. E. —) Tangermünde, Torgau, Penig, Hagen, Radeberg, Althaldensleben, Jörbig, Oberkriem, Ballstadt, Eilenburg, Götting, Oppeln, Röllin, Driesen, Bunzlau, Dären, Kamenz, Grevesmühlen, Grimma, Verh, Osterholz, Barz a. d. Elbe, Jeltz, Blankenburg, Mühlberg, a. E., Althe, Neubrandenburg, Schmiedeburg b. Halle, Waldheim, Oppau, Kolberg, Salzwedel, Greifswald.

Zusammensetzung zur Erhebung von Extrabeträgen:

Schanda. 10 Pf. pro Mitglied und Woche.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Nr. 183 954, ausgestellt auf den Namen Rudolf Frenzel am 10. November 1907 in Buzen.
Nr. 68 705, ausgestellt auf den Namen Otto Chemnitz am 2. Juli 1905 in Coswig i. V.
Nr. 5445, ausgestellt auf den Namen Franz Wilinski am 10. Februar 1897 in Tangermünde.
Nr. 309 097, ausgestellt auf den Namen Hugo Schanze am 23. Januar 1908 in Hamburg.
Nr. 45 733, ausgestellt auf den Namen Paul Schauer-mann am 1. September 1903 in Stedelsdorf.
Nr. 308 781, ausgestellt auf den Namen Peter Kaufmann am 2. Mai 1908 in Oppeln.
Nr. 296 789, ausgestellt auf den Namen Otto Blumen-thal am 1. März 1908 in Wittenberge.
Nr. 71 946, ausgestellt auf den Namen Wilhelm Amadori am 4. Juni 1905 in Worms.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Hagenburg. Paul Harnig, Steingasse D. 266.
Bonn. Heinrich Schirlebach, Gellengasse 1.
Hagenburg. Das Verbandsbureau befindet sich vom 1. Januar 1909 ab Schloßstraße 31, parterre rechts. Dasselbe ist geöffnet von 10—1 und von 5—7 Uhr.
Greifswald. Wilhelm Schulz, Wilhelmstraße 18.
Gartha i. Sachsen. Alwin Nibel, Annenstraße 11, 5. St.
Riel. Johann Kork, Pries, Bauberein, Unterstraße 9.
Mein-Weihen. August Ruppert.
Hagen. Reinhold Zimmermann, Promenade 13.
Maine. Heinrich Schönbach, Deichstraße 18.
Saalfeld. Hermann Rauch, Postlozstraße 19.
Schleudig. Emil Juris, Halleischestraße 2.
Schönebeck a. Elbe. Ernst Senfelf, Elbstraße 1.
Wolmirstedt. Gustav Voigt, Gr. Hinterstraße 13.

Inferate.

Zahlstelle Bann.

Sonntag, den 10. Januar 1909, vormittags 9 Uhr:
Generalversammlung
im Saale des Herrn Karl Büttner, Petrikirche 1.
Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.
4,50 Mk. Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Freiberg.

Sonntag, den 17. Januar 1909, nachmittags 2½ Uhr, in der „Union“, Berthelsdorferstraße:
Generalversammlung.
Vortrag des Leiters Mouring.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Kollegen ist Pflicht.
4,50 Mk. Die Verwaltung.

Zahlstelle Gronau.

Am Sonntag, dem 10. Januar 1909:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Neuwahl der Bevollmächtigten. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersuchen
4,50 Mk. Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Kellinghusen.

Sonntag, den 9. Januar:
Jahresversammlung.
Die Neuwahl der Ortsverwaltung, sowie sonstige wichtige Punkte der Tagesordnung machen das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.
4, — Mk. Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Liegnitz.

Sonntag, den 10. Januar 1909, nachmittags 3 Uhr:
Ordentliche Generalversammlung
im „Gewerkschaftshaus“.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Bevollmächtigten. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
5, — Mk. Die Bevollmächtigten.

Achtung!

Zahlstelle Lüthben.

Am Sonntag, dem 10. Januar 1909, nachmittags 3 Uhr:
Generalversammlung
in der „Reichshalle“.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Mitglieder.
5, — Mk. Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Münchris und Umgebung.

Sonntag, den 10. Januar 1909, nachmittags 2 Uhr:
Generalversammlung
im Gasthof zu Grödel.
Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Abrechnung vom 3. und 4. Quartal 1908. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Vortrag des Kollegen Mouring, Dresden.
5, — Mk. Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Quedlinburg.

Den reisenden Kollegen zur gefälligen Mitteilung, daß die hiesige Zahlstelle bis auf weiteres kein Lokalgeheim anzeigt.
2,50 Mk. Die Bevollmächtigten

Die Zelluloidindustrie und ihre Gefahren für die Arbeiterschaft.

In den letzten Jahren sind in Deutschland und dem angrenzenden Oesterreich in der Zelluloid herstellenden und verarbeitenden Industrie eine Reihe Brände vorgekommen, durch welche eine ganze Anzahl blühender Arbeiterleben vernichtet wurden. In Oesterreich haben diese Brände eine Verordnung gesiegt, die geeignet ist, solche Katastrophen für die Zukunft, wenn auch nicht zu verhindern, so doch einzuschränken und in ihren Folgen zu mildern; für Deutschland steht ein entsprechender Schutz noch aus. Es ist deshalb notwendig, daß die Arbeiterschaft der deutschen Zelluloidindustrie die Regierung an ihre Pflicht mahnt, sie vorwärts treibt, damit das ohnehin sozialpolitisch im Nachtrab marschierende Deutschland nicht ganz und gar mit seinem Arbeiterschutz stehen bleibt. Wir werden deshalb über die Zelluloidindustrie und ihre Gefahren in einigen Artikeln berichten.

Das im Jahre 1889 von den Gebrüdern Hyatt in Newmark (Newjersey) erfundene Zelluloid ist eine Zusammensetzung aus Kollodiumbaumwolle, Kampfer und Alkohol. Die Kollodiumbaumwolle wird aus Pflanzenfaser (Holz, Baumwolle, Seidenpapier) durch Behandlung mit einem Gemisch von Salpeter- und Schwefelsäure hergestellt, dann gewaschen, gepreßt und mit Kampfer, Alkohol und eventuell auch mit Farbstoffen gemischt. Das Zelluloid ist ein hornartiger, fast durchsichtiger, elastischer, schwer zerbrechlicher Körper, der zu den verschiedensten Zwecken verwandt wird. So werden allerhand Schmuckgegenstände, Kämme, Billardbälle, chirurgische Instrumente, Puppen und Spielsachen, aber auch künstliche Gebisse und Wassermesser aus Zelluloid gefertigt. Diese vielseitige Verwendbarkeit hat ein rasches Anwachsen der Zelluloid herstellenden, sowie der verarbeitenden Industrie in den letzten Jahren zur Folge gehabt. Dabei sind die Gefahren, die die Herstellung und Bearbeitung des Zelluloids für die Arbeiter mit sich bringt, bisher viel zu wenig beachtet worden.

Bei der Fabrikation sind den Arbeitern vor allem die Gase und Dämpfe gefährlich, die sich bei der Behandlung der Pflanzenfasern mit Säuren bilden. Ist für die Absaugung dieser Dämpfe nicht ausreichend gesorgt, so erzeugen dieselben bei den Arbeitern zuerst Husten, dann Erstickungserscheinungen und Blutspucken und schließlich den Tod. Dr. med. Holzmann schildert einige Fälle von Vergiftungen, die sich in den letzten beiden Jahren in einer Zelluloidfabrik ereigneten, in der „Konfordia“ wie folgt:

„Ein Arbeiter war am 27. Mai in die Fabrik eingetreten, schon nach wenigen Stunden klagte er über Brustschmerzen und Schwindel, am 29. Mai starb er. Von ihm ist bekannt, daß er schon vorher an Lungenentzündung und chronischer Bronchitis gelitten hat. Er war 43 Jahre alt.“

Die Sektion ergibt Blähung und Vergrößerung der Lungen, nebst starkem Blutgehalt. Das Lungengewebe ist sehr saftreich, auf Druck entleert sich schleimige Flüssigkeit. Die Bronchien und Bronchiolen sind bis in die feinsten Äste hinein mit Schleim und Eiter verstopft. Die Luftröhrenschleimhaut ist entzündet, ebenso die Magen-schleimhaut, was jedenfalls durch verschluckten saurehaltigen Speichelschleim verursacht war. Erwähnt wird besonders die auffallend schwärzliche Färbung des Blutes in den großen Gefäßen und die stark braune Färbung der Organe.

Ein anderer Arbeiter war am 15. Juli in die Fabrik eingetreten und ist am 16. Juli nachmittags gestorben, nachdem er nur etwa drei Stunden dort gearbeitet hatte. Er war 40 Jahre alt und soll bereits vorher krank gewesen sein. Die Sektion ergibt starke Rötung und Schwellung des Kehlkopfes, des Kehlkopfes und der Luftröhre bis hinein in die feinsten Verzweigungen. Die Lungen sind groß und rot, aus beiden Lungen entleert sich schaumige Flüssigkeit in sehr großer Menge. Die übrigen Organe sind braunrot, das Blut dunkelrot, fast schwärzlich.“

Dr. Holzmann gibt zwar nicht an, in welchem Betriebe die Unfälle passiert sind, vermutlich ist jedoch die Rheinische Zelluloidfabrik in Mannheim-Neckarau gemeint, da der eine der von H. beschriebenen Unfälle sich auch im Bericht der badischen Fabrikinspektion für 1907 findet.

Noch weit gefährlicher wie die Herstellung ist die Bearbeitung des Zelluloids. Hierbei kommt die außerordentlich leichte Entflammbarkeit desselben als Gefahrenträger in Betracht. Das Rohmaterial (Platten, Stäbe usw.) wird entweder in heißem Wasser oder über heißen Platten gebogen oder in erhitzten Formen gepreßt, vielfach auch nach besonders patentiertem Verfahren geblasen. Wird beim Pressen die Form überhitzt, so verbrennt das Zelluloid in der Form und entwickelt dabei äußerst gefährliche Dämpfe. Werden größere Sachen gepreßt, so schlagen Stichflammen aus der Form und verbrennen häufig die Arbeiter. Auch beim Biegen auf den Wärmeplatten fängt das Zelluloid zuweilen Feuer und ist dann noch gefährlicher, weil es leichter die umherliegenden Vorräte ergreift und sich so schnell fortpflanzt. Selbst beim Zerklüppern des Rohmaterials mittels der Kreissäge müssen Wasserbehälter bereit stehen, weil das Zelluloid infolge der durch die Reibung der Säge entwickelten Wärme Feuer fängt; auch sind Selbstentzündungen des Rohmaterials infolge langen Lagerns wiederholt vorgekommen. Aus einem Betriebe wird uns berichtet, daß den Arbeiterinnen, die die Zelluloidplatten auf die Fahrradgriffe drehen, infolge der Reibung sehr oft die Zwingen in der Hand weg brennen. Ferner finden sich in den Berichten der preussischen Gewerbeinspektoren wiederholt Mitteilungen, daß Arbeiterinnen, die in Steingut- oder Porzellanfabriken bei den heißen Defen arbeiten, die Zelluloid-Platten in der Hand in Brand geraten sind und die Arbeiterinnen in Gefahr gebracht haben. Ursache dieser leichten Entzündbarkeit ist der bei der Herstellung verwendete Kampfer. Wiederholt ist nun schon versucht worden, den Kampfer durch andere Chemikalien zu ersetzen, bisher jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Wohl werden weniger leicht entflammbare Ersatzstoffe in Fülle hergestellt, aber sie entbehren dafür anderer Vorzüge des Zelluloids. Namentlich geht ihnen die Transparenz ganz oder teilweise verloren.

Von den zahlreichen Ersatzmitteln für Zelluloid seien nur die folgenden erwähnt:

Eine Zelluloidmasse von E. Perruon besteht aus einer Mischung von in Aceton, Methylalkohol usw. gelöster Nitrozellulose mit Metall-Nitrooleaten (Magnesium-, Zink-, Aluminium- und Bleiverbindungen), die wie Kampfer einwirken sollen. Vermischt man die gewöhnlich benutzte Zelluloidmasse an Stelle von Kampfer mit einem Gemisch von Harz und Naphthalin, geschmolzen oder in alkoholischer Lösung, so erhält man ein zelluloidähnliches Produkt, welches um so plastischer ist, je mehr solches Naphthalin enthält. — Nicht entflammbare Zelluloseverbindungen werden ferner bereitete durch Mischen von Zellulose, Nitrobenzol und der in den Naphthalinischen vorhandenen organischen Substanz; die Zellulose wird aus Seegras gewonnen. Behufs Unlöslichmachens wird die Masse mit Formaldehyd behandelt. — Von anderen plastischen Massen, die als „Zelluloidersatz“ bezeichnet werden, mit diesem Material zwar keinerlei Gemeinschaft haben, nichtsdestoweniger aber doch brauchbar sind, können die nachstehend genannten angeführt werden. Hornartige Massen aus Kasein oder aus andern Albuminoid- oder Proteinstoffen werden aus ganz schwach saurer oder vorher mit Ammoniak oder andern Alkali abgestumpfter Kaseinlösung und Formaldehyd hergestellt. — Nicht entflammbare Nitrozelluloseverbindungen, Ersatz für Zelluloid und Horn, erhält man aus einer gelatinisierten Leimlösung mit Del und Kampfer vermischt, gemischt mit Zelluloid. — Ein plastisches

Material gewinnt man aus einerseits Lösung von Harz in Alkohol, Pflanzenöl, andererseits Gelatine, Glukose in Alkohol, vermischt mit Zelluloidpaste. — Die Verwendung von Blut zu plastischen Massen ist schon ziemlich lange bekannt, doch waren dieselben wegen der dunklen Färbung zu vielen Gegenständen nicht verwendbar. Auch Galalith wird neuerdings zur Herstellung zelluloidähnlicher Massen verwandt.

Neuerdings haben die französischen Techniker Béchiff, Foucard und Vignes eine derartige Masse aus Tetranitrozellulose, die 40 bis 45 v. H. Wasser enthält, und aus einem flüssigen Kohlenwasserstoff hergestellt. Das Wasser wird nach der Mischung der Masse durch Auspressen entfernt und der Rückstand durch Zusatz von Eisessig, Aether, Aceton, Amylacetat und Alkohol in eine plastische Masse verwandelt. Nach 24 Stunden wird sie zwischen erhitzten Walzen behandelt, bis sie feste Konsistenz annimmt, worauf die so entstehenden Zylinder abgelöst und durch entsprechende Mittel benitriert werden. Das Walzen wird sodann fortgesetzt, und die erhaltenen Platten werden in einer Dampf- oder unter hydraulischem Druck von 150 Atmosphären etwa sechs Stunden lang bearbeitet. Der Druck wird sodann auf 200 Atmosphären erhöht und an Stelle des Dampfes ein Strom kalten Wassers zur Einwirkung gebracht. Unter dieser Behandlung verwandeln sich die Platten in Blöcke von großer Härte, die dann neuerdings in Platten zerlegt und getrocknet werden. Um Röhren, Drähte und ähnliches herzustellen, wird die Masse in entsprechende Formen gepreßt. Die so hergestellte Masse soll alle Vorzüge des Zelluloids haben, jedoch den Nachteil der leichten Entzündbarkeit nicht besitzen. Ob sich diese Mitteilung bewahrheitet, bleibt abzuwarten.

Die Betriebe der Zelluloidbranche gliedern sich in drei Gruppen: 1. solche, die nur Rohzelluloid herstellen, 2. solche, die nur Zelluloid verarbeiten, und 3. solche, die zugleich Zelluloid herstellen und verarbeiten. Insgesamt zählte Deutschland Anfang 1908 36 Betriebe der Zelluloidindustrie (Betriebe, in denen Zelluloid nur nebenbei verarbeitet wird, sind dabei nicht eingerechnet) in 16 Städten. (Berlin 7, Nürnberg 6, Leipzig und Offenbach je 3, Mannheim und Speier je 2 und Wuppertal, Eilenburg, Erfurt, Frankfurt, Hannover, Köln, Krefeld, Osnabrück, Schöten, Stuttgart, Taut a. Rh., Hermsdorf i. Schl. und Ludwigshafen je einen Betrieb. Einige weitere sind im verflochtenen Jahr gegründet worden.) Ueber die Zahl der darin beschäftigten Arbeiter stehen uns zuverlässige Zahlen nicht zu Gebote. Die Betriebszählung von 1895 würdigt die Zelluloidindustrie nur ganz nebenher. Die Ergebnisse der Zählung von 1907 sind noch nicht veröffentlicht.

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

— Lohnkürzungen ohne Ende.

Unter den Ziegeleibesitzern grassiert gegenwärtig die Profitheuche. Der Lohnkürzungsbeßelß des Zentralverbandes der Ziegeleibesitzer hat auf alle Ziegeleibesitzervereinigungen anziehend gewirkt. So hat nun auch der Arbeitgeberverband der Ziegeleien Deutschlands in der am 14. Dezember zu Köln stattgefundenen Generalversammlung sich diesem Beßelß zu eigen gemacht. In den Tagesberatungen wird darüber folgendes geschrieben: „Alle Anwesenden stimmten darin überein, daß die Ziegeleindustrie seit vielen Jahren nicht so ungünstig gearbeitet habe, wie in diesem Jahre. Es wurden die höchsten Löhne, wie in der Zeit der Hochkonjunktur, gezahlt. Dazu kamen die hohen Kohlenpreise, während die Verkaufspreise teilweise unter Selbstkostenpreis sanken. Durch den Mangel an Absatz sammelten sich große Vorräte an, so daß ein großer Teil der Ziegeleien im nächsten Jahre nicht arbeiten wird. In Anbetracht aller dieser ungünstigen Umstände wurde einstimmig eine Lohnkürzung von 5 v. H. für das Jahr 1909 beschlossen.“

Die ungünstigen Verhältnisse in der Ziegeleindustrie haben die Arbeiter am schwersten empfunden. Nicht nur, daß die Dauer der

Flüssiges Brot.

Georg Wismuth-Hamburg verbreitet folgende zeitgemäße Skizze: Peter Hansen hatte früher geglaubt, daß das Bier ungeheuer nahrhaft sei und manches Glas davon getrunken; dann hatte man ihm klar gemacht, daß das Bier allerdings nährhaft, ja recht gut nährhaft — aber doch nur die Alkohole und die Bierverfälscher, daß er selbst sich aber besser ernähren und seine Familie dazu, wenn er kein Bier trinke. Das verfuhrte er denn nun, und besand sich dabei so wohl, daß er manchmal über seinen früheren Unterstand lächelte. Nun las aber eines Tages unser Peter Hansen im „Generalanzeiger“, einem völlig „unparteiischen Blatte“, folgende Anzeige: „Gambroinbier aus der Brauerei Glyzerina in W. ist flüssiges Brot“, das machte ihn doch stutzig. Am nächsten Tage ging er hin nach der nächsten Verkaufsstelle und forderie sich eine Flasche „flüssiges Brot“. — „Aha, Gambroinbier?“ fragte vergnügt lächelnd der Vertreter der Brauerei. — „Flüssiges Brot! eine Flasche will ich mitnehmen“, sagte Hansen. — „Schön gut, hier haben Sie eine Flasche.“ Hansen nahm sie in Empfang, bezahlte und ging. Eine Viertelstunde später stand er mit der Flasche im chemischen Laboratorium des Handelschemikers Dr. Retort und sagte diesem: „Ich möchte wissen, wieviel Brot hier in dieser Flasche ist, untersuchen Sie das mal!“ — Der Chemiker nahm die Flasche, zog den Kork vorsichtig heraus und roch daran. „Es ist Bier!“ sagte er dann. — „Man sagt“, erwiderte Hansen, „es sei flüssiges Brot.“ — „Wir werden sehen“, sprach lächelnd Dr. Retort. „Wenn Sie in acht Tagen wieder kommen, will ich's Ihnen ganz genau sagen.“ Er verlangte dann von Hansen 10 Mark. Dieser dachte an so manches Bohnenmark, welches er früher ausgegeben, als er an den wunderbaren Nährwert des Bieres glaubte, und an manches Goldstück, das er nachher geklaut hatte, als er's nicht glaubte — und wollte nun Gewissheit haben und zahlte. Nach acht Tagen war er pünktlich wieder da, um näheres über das „flüssige“ Brot zu erfahren. Das erste, was er darüber erfuhr, war, daß es auf 100 Teile ungefähr 87 Teile Wasser enthalte. „Wir wollen nicht weiter davon reden, nun kommt das „Brot“ an die Reihe.“ — „Alkohol 4 Prozent“, fuhr der Chemiker fort. — „Was ist das, Alkohol?“ fragte Hansen. „Das können Sie hier im Kochenations-lexikon nachlesen“, sagte Dr. Retort und schob ihm ein dickes Buch hin. Er las: „Alkohol, gewöhnlicher und absoluter, d. i. wasserfreier Weingeist, ist eine farblose, leichtflüchtige, brennend schmeckende, leicht entzündliche Flüssigkeit.“ — „Manu“, meinte kopfschüttelnd Hansen, „das scheint ja eine eigenartige Sache zu sein, was hat das mit „Brot“ zu tun?“ Der Chemiker schob ihm ein zweites Buch hin, ein Handbuch von Arzneimittellehre, daraus ging hervor, daß Alkohol zur Gruppe der schweren narcotischen Stoffe gehörte und mit Opium, Morphinum, Chloral, Belladonna,

Strychnin usw. nahe verwandt sei. „Das ist ja eine gefährliche Geseßschaft“, meinte Hansen. Dr. Retort zuckte die Achseln und zeigte auf ein kleines Häuflein eines bräunlichen Pulvers, das auf einen weißen Vogen Papier geschüttet war. „Hier das Gift“, erklärte er. — „Gah, endlich!“ rief Hansen aus. „Brotetrakt, nicht wahr, Herr Doktor?“ — „Das gerade nicht, mein Lieber“, entgegnete der gewissenhafte Chemiker. „Man nennt die festen Rückstände nur so, im übrigen liegt es nicht in der Absicht der Brauer, den Nährwert der Gerste zu erhalten, sondern durch das Keimen des Kornes, durch das Darren, durch die Gärung, durch das Klären usw. wird derselbe größtenteils zerstört — aber immerhin gelingt ihnen dies nicht völlig, etwas Nährwert bleibt doch noch darin.“ — „Wieviel denn?“ fragte Hansen, indem er das kleine braune Häuflein genau betrachtete. „Hier haben Sie es schriftlich“, sagte der Chemiker, und gab ihm einen Zettel, darauf stand: „Auf 100 Teile entfallen: 7 Teile Kohlehydrate, 1/2 Teil Eiweiß, 1/2 Teil Glyzerin, Säuren und Salze, 1 Teil Holzästerstoffe.“ Von den Holzästerstoffen im „flüssigen Brot“ verspreche ich mir nicht viel“, meinte nach einigem Nachdenken Hansen, „und von dem halben Teil Glyzerin, Säuren und Salzen wird gewiß auch keiner fett werden. Nun sagen Sie mir aber doch mal, was die andern beiden Sachen denn eigentlich, in reellem Gelde gerechnet, wert sind?“ — „Die Flasche sagt ein halbes Liter“, war die Antwort, „und es ist der reelle Wert der darin enthaltenen Nährmittel, berechnet nach der in Dr. Fickers Chem. Technologie enthaltenen Tabelle, ungefähr 1 Pf.“ — „Sehr wenig!“ meinte nun Hansen, und kopfschüttelnd sagte er hinzu: „Ich habe es schon selbst gemerkt, daß man sich ohne Bier viel besser ernähren kann, aber ich habe doch nicht geglaubt, daß so wenig wirkliche Nahrung darin ist.“ — „Es ist aber „gutes bayerisches Bier“, erwiderte der Chemiker, „es gibt Lagerbiere, die weniger Nährstoffe enthalten.“ Hansen stieß das braune Pulver in die Westentasche und verließ das Laboratorium mit den Worten: „Flüssig ist es, das ist wahr, aber mit dem Brot, das ist ein fauler Hauber.“

Worte. *)

Von Ernst Prezzang.

Sei nicht so gefällig und blind
Und sage,
Daß die Menschen gemüßlos sind.
Sie haben Worte mein Kind,
Worte,
Die wie Balsam sind.

*) Aus der Gedichtsammlung „Im Strom der Zeit“ von Ernst Prezzang, erschienen bei J. F. W. Diez Nachf. in Stuttgart.

Beschiden trete ich ins Kontor.

Der Herr Chef
Sieht die Feder sofort hinter's Ohr:
„Naah?!“
— „Wollte mal fragen, ob vielleicht
Arbeit da.“
„Hä? Ob Arbeit war?“
Bedauere sehr!“

Ein andermal
Komme ich in einen Arbeitsaal,
Wo der Herr Werkmeister,
Wie sich gebührt,
Nurternd auf und ab spaziert.
Guten Tag zu sagen
Hatte ich keine Zeit.
Er sah mich mit grimmigen Augen an
Und rief aus der Ferne schon:
„Zut mir leid!“
Zut mir leid!“

Zuweilen auch trifft es sich so,
Daß ein kleiner Dreßfessel-Befehl
Allein im Bureau.
Er tut sehr gewichtig,
Nimmt das Hauptbuch untern Arm:
„Wir sind sehr beschäftigt.“
Dann fragt er dich aus
Wie ein Gendarm.
Endlich kragt er sich hinterm Ohr:
„Hm, hm.“ — Ja! Mein lieber Mann,
Ich hätte gern etwas für Sie getan.
Da aber die Handelsausflüchte ruhen,
Kann ich leider für Sie nichts tun.“

Und die Frauen nun gar!
Eine der zarten Seelen,
Die Prinzipalin war,
Dieß sich mein ganzes Leben erzählen.
Dann drückte sie mir voll Mitleid die Hand
Und seufzte:
„Ich habe einen gekannt,
Dem ist es gerade wie Ihnen gegangen.
Schließlich hat er sich aufgehängt.“

Also sage nicht, mein Kind,
Daß die Menschen gemüßlos sind.

Kampagne ganz erheblich eingeschränkt wurde, auch Verschlechterungen aller Art wurden ihnen auferlegt. Das bloße Geschwätz von den „höchsten“ Dingen wird am besten durch die nachfolgenden Ziffern illustriert. Der Durchschnittslohn der Ziegeleiarbeiter im Reich betrug im Jahre 1907 ganze 810,12 Mk. Berechnen wir durchschnittlich 200 Arbeitstage, so ergibt das einen täglichen Verdienst von 4,05 Mk., oder bei der 12stündigen Arbeitszeit einen Stundenlohn von 33,7 Pf. Stellen wir diesen Lohn die schwere, aufreibende Arbeit entgegen, so finden wir nicht nur die jämmerliche, bei dieser Hochkonjunktur, sondern auch die Unverschämtheit der Ziegeleiarbeiter, mit der sie die Verabreichung der Hungerlöhne zu rechtfertigen suchen. Offenbar sind diese unverschämten Maßnahmen der letzte Rest, um die Ziegeleiarbeiter endlich einmal aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln.

Preissteigerung der Ziegelsteine.

In den letzten Wochen haben Ziegel- und Kalksandsteine auf dem Berliner Baustoffmarkt namhafte Preissteigerungen erfahren. Diese Erscheinung ist zum Teil auf die Hoffnung auf eine Belebung der Bautätigkeit im Frühjahr zurückzuführen. Hauptächlich aber beruht sie auf dem Beschluß des Berliner Ziegeleiarbeitervereins, Wintermauerungsziegel nicht unter 23 Mark pro Tausend abzugeben.

Wie die Gültigkeit der Berliner Ziegeleiarbeiter auf die Preisgestaltung gewirkt hat, beweisen die nachfolgenden Ziffern. Die in der ersten Hälfte des Monats Dezember auf dem Berliner Baustoffmarkt notierten wurden. Für Wintermauerungsziegel 1. Klasse 25—28 Mark, bezgl. durch die Waage bezogen 25—29 Mark (Wintermauerungsziegel 2. Klasse sind 1 Mark billiger), Wintermauerungsziegel 1. Kl. 27—32 Mark, Vertikalziegel von der Ober 28—34 Mark, Spaltbrandziegel vom Feinwandler Kanal und von der Ober 28—34 Mark, Rinker 29—36 Mark, Rinkermer Rinker 48—60 Mark, Rinkermer Rinker 38—41 Mark, bezgl. zu Rohbauten 42—45 Mark, bezgl. Rinkermer Rinker 1a Verbinder 50 Mark, bezgl. Maschinenziegel II 42—45 Mark, bezgl. Maschinenziegel 33—35 Mark, poröse Vollziegel 29—30 Mark, bezgl. Maschinenziegel 27—28 Mark, Schamotteziegel 100—110 Mark, gelbe Verbinder: Sommerfelder 55 Mark, Wittenburger, Polster 55 Mark, Berliner Kalksandsteine 23—24 Mark. Die Preise verließen sich für Wasserbeträge in Labungen frei Kahn ausfällt, für Bahnbeträge frei Waggon Eingangsbahnhof.

Die Ziegeleipreise haben sich also bedeutend gehoben. In nächster Zeit soll nun eine Ziegeleivereinigung gegründet werden, die eine weitere Preissteigerung zeitigen dürfte. Offenbar ist damit auch eine Erhöhung der Arbeitslöhne verknüpft, die in den beiden letzten Kampagnen mit dem Hinweis auf die gedrückten Ziegeleipreise besonders in der Provinz Brandenburg stark herabgesetzt wurden. Die Erhöhung lehrt uns aber, daß es die Ziegeleiarbeiter mit der Lohnforderung nicht so eilig haben, wie mit der Lohnföhrung. Die Organisation wird da schon etwas kräftig nachschlagen müssen. Das ist aber nur möglich, wenn die Ziegeleiarbeiter ihrer Organisationspflicht mehr wie bisher nachkommen.

Wende Straß.

Am 29. Oktober 1907 verunglückte in einer Ziegelei ein Arbeiter beim Lehmgraben. Bei der Untersuchung des Unfalls wurde festgestellt, daß in der Lehmgrube vorrichtigswidrig gearbeitet worden war, da die Grabenwände unterhöhlungsartig waren und überhängig. Wegen dieses Verstoßes gegen das § 4 I A der verordneten Unfallverhütungsvorschriften wurde von der Berufsgenossenschaft gegen die Firma eine Geldstrafe von 20 Mk. festgesetzt.

Die Firma konnte diese Bestrafung durchaus nicht begreifen. Sie hatte den Arbeitern das Unterhöhlen der Lehmwände verboten und glaubte damit der gesetzlichen Pflicht genügt zu haben. Sie legte deshalb Berufung ein mit dem Antrag auf Niederlegung der Strafe. Die Berufung wurde nun kürzlich vom Reichsversicherungsamt mit nachfolgender Begründung zurückgewiesen:

„Die Strafe der Gefängnisstrafe, daß sie sämtlichen Arbeitern das Unterhöhlen der Grabenwände verboten habe, ist verfehlt. Denn nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts ist der Unternehmer der Berufsgenossenschaft gegenüber für die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften in seinem Betriebe verantwortlich. Die Durchführung der Vorschriften kann allein durch Bestrafen nicht erreicht werden. Für das Reichsversicherungsamt befindet sich am so weniger Veranlassung, die Strafe aufzuheben oder zu mildern, als bei einer am 30. April 1908 vorgenommenen Befragung des Betriebes neben anderen Zuwiderhandlungen gegen die Unfallverhütungsvorschriften in der noch stehende Wände vorgefunden wurden.“

Es genügt also nicht, daß die Zuwiderhandlungen gegen die gesetzlichen Bestimmungen nur verboten werden, sondern der Verfehrer hat dafür Sorge zu tragen, daß dieses Verbot auch beachtet wird. Das wird bei den Hungerlöhnen, wie sie für diese Arbeit heute bezahlt werden, allerdings nicht leicht sein. Deshalb her mit einem entsprechenden Besatz, die Arbeiter werden dann ihre Knochen schon selbst zu schützen wissen.

— Sommer. Von einigen Kollegen, deren Heimat das kleine Appenzelndorf, die Hochburg der Kriegervereine, ist, wurde der Wunsch geäußert, in ihrem Heimatort Sommer (Lippe) während der Feiertage eine öffentliche Ziegeleiverammlung abzuhalten. Die gewöhnliche Versammlung fand am Sonntag, dem 27. Dezember, statt. Der Besuch war gut. Das Komitee hatte der Kollege Rabau übernommen; er sprach über die 5- und 10prozentige Lohnreduktion seitens der Ziegeleiarbeiter und beleuchtete die ernsthafte Lage der Ziegeleiarbeiter und ihrer Angehörigen infolge der Organisationslosigkeit gegenüber den präventiven Ziegeleiarbeitern, die es verstanden haben, sich zu unterstützen und belohnen mit Spülsteinen zusammenzufügen. An Hand zahlreicher Materials wies er die Errungenisse seiner Organisation nach und zeigte andererseits die mangelhaften „Erfolge“ der gewöhnlichen Gewerkschaften, die nach jeder, auch die schmerzhafteste Niederlage in einen Sieg umzuwandeln. Daß der Gewerkschaft der Ziegler in Appenzel noch vorzuziehen ist, wurde am 27. Dezember in der Versammlung deutlich gemacht. Der Ziegler in Appenzel hat, wie man aus der Zeitungsbildung „Gut Brand“ ersehen kann, der sich ihm in den Weg stellt, in dümmster Weise entgegen, im übrigen aber keine Bedeutung mehr hat. Ziegeleiarbeiter sind nicht faul. Der Führer des Gewerkschafts, Herr Krieger, war nicht erschienen. Er hat den heutigen Bezirksverein aus etwa 100 Mitgliedern und ganze 4 Gewerkschaften, da ist ihm die Zeit zum Ziegeleiarbeiter verloren. Dasselbe Erfahrungen hat das Gewerkschaftsmitglied gemacht. Selbst langjährige Mitglieder haben das Gewerkschaftsmitglied eingestellt, sie sind der Meinung, daß der Gewerkschaftsmitglied wohl Geld einnehmen und auch ausgeben kann, aber mit der Rettung der Arbeiterinnen habe es nichts zu tun. Mit dem Gewerkschaft in der christlichen Bewegung und ihren nicht geringen (Ganz unter Meinung. D. S.) Sinn, der uns heute, wie der Ziegeleiarbeiter Ziegler, der es in vorigen Sommer gezeigt hatte, den Krieger Rabau einen Sieger zu werden. Als er des Referates anfangen wurde, wachte er nicht, wie schnell er wieder schlafend wurde. Das Oberhaupt des Ziegeleiarbeitervereins wollte die Versammlung mindestens öffentlich bekannt gemacht wissen. Wir können dem Herrn nur raten, das Reichsversicherungsamt besser zu suchen. Hoffentlich haben wir noch mehr an Geld, als in Sommer und Winter. Versammlung werden sich zu finden.

Christliche Zitatenhändler.

Der christliche Zitatenhändler der Stadt, Gemeinde, Verleger, hat mit seinen Zitatensammlungen in verschiedenen Zeiten Deutschlands ein großes Versehen, mit dem er „das Deutsche“ und „das Christliche“ zu einem „Christlichen“ umzuwandeln und den christlichen Gewerkschaften zu helfen will. Ziegler ist es wenig anzusehen, obwohl man sich leicht der Meinung sein kann, daß es genügend ist, daß die „christlichen“ christlichen Arbeiter“ anstandslos aber unerschrocken der christlichen Gewerkschaften schenken. Nach der Gewerkschaft der christlichen Gewerkschaft, sowie die Gewerkschaft, daß der Arbeiter viel mehr als eine Ware betrachtet wird.

wäre und nicht zu einer Entgegnung veranlassen. Es haben sich aber in besagtem Flugblatt einige Absätze aus der Münchener Arbeiter-Zeitung abgedruckt, die unbedingt einer Durchsicht bedürfen, sei es auch nur, um unsern Mitgelesenen zu zeigen, wie richtig die christlichen Flugblattschreiber die Arbeiter einschätzen, an die sie sich mit ihrem Erzeugnis wenden.

Vorab aber ein Beispiel über die Doppelzüngigkeit der christlichen Gewerkschaften. In dem Flugblatt heißt es u. a.: „Die Politik der christlichen Gewerkschaften hat uns nicht nur in geistiger, sondern auch in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht niedergebunden. Ohne besondere Schwierigkeiten hat man uns für unsere notwendigen Lebensbedürfnisse Preise diktieren, die kaum noch erträglich sind.“ Der Satz selbst ist richtig, die wahrheitsliebenden Christen haben aber vergessen, hinzuzufügen, daß die Verteuerung der Lebensmittel gerade von der Partei vorgenommen wurde, der die christlichen Gewerkschaften die größte Unterstützung leisten: vom Zentrum. Sie haben weiter vergessen, anzugeben, daß die christlichen Gewerkschaften sich ausdrücklich mit der Verteuerung der Lebensmittel durch die Zölle einverstanden erklärt haben. Der Redakteur desselben christlichen Verbandes, der das angelegene Flugblatt in die Welt setzte, hat in öffentlicher Versammlung damit geprahlt, daß die christlichen Gewerkschaften für den Zollschutz der Landwirtschaft, also für die hohen Lebensmittelpreise eingetreten seien, während die sozialdemokratische Arbeiterpartei gegen die Zölle opponiert und eine Petition mit über drei Millionen Unterschriften gesammelt habe. (Siehe „Proletarier“ 1908, Seite 21.) Es hieß doch den Vordrücken und ein Sieb unterhalten, wenn die Arbeiter zum Schutz gegen die hohen Lebensmittelpreise einer Organisation beitreten würden, die an eben diesen hohen Preisen mitschuldig ist.

Es wäre noch interessant, am Flugblatt die Angaben über Erfolge bei Lohnkämpfen und über die gesagten Unterstützungen nachprüfen und ihn event. die betreffenden Zahlen für unsern Verband gegenüber zu stellen; großmütig, wie wir nun einmal sind, vergüßten wir darauf, dem Verband mit dem unaussprechlichen Namen seine Unfähigkeit auch zahlenmäßig nachzuweisen, zumal in dieser Hinsicht im eigenen Lager schon das Nötige gesagt wurde. So schrieb das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes Ende 1907:

„Ein Verband wie der Hilfs- und Transportarbeiterverband (So hieß er damals. Red. des „Prolet.“), der fortwährend versagt... muß es sich eben gefallen lassen, wenn ihn andre als nicht leistungsfähig hinstellen, um so wenigstens die Arbeiter nicht irre zu führen.“

Denn haben wir nichts hinzuzufügen.

Auf der dritten Seite des Nachwerks kommt dann der Zitat zum Worte. Der Uebung Zweck läßt folgende Einleitung erkennen:

„Neben uns stehen noch andre, die auch in unsern Reihen unter angeblicher Neutralität zu werden suchen. Es sind dies die „freien“, in Wirklichkeit sozialdemokratischen Gewerkschaften. Kollegen, um zu zeigen, ob wir mit ihnen gehen können, lassen wir sie selber sprechen.“ Es folgt dann ein wapplos zusammengelegtes Zitatengemisch. Nur ein Zitat stammt von einem Gewerkschaftler, es ist Schmiedburgs Erklärung auf dem Mannheimer Parteitag, daß die Gewerkschaften mit sozialdemokratischem Geiste durchdränkt werden müßten. Dann folgt eine Auslassung Dr. Erdmanns in der „Neuen Gesellschaft“, die mit den freien Gewerkschaften auch nicht in irgendeinem Zusammenhang steht, sondern die Frage behandelt, ob ein Christ Sozialdemokrat sein kann. Charakteristisch für die christliche, nein, hundsgemeine Zitierrhetorik des Flugblattes ist aber das dritte Zitat, das mit der Einleitung: „Ihre vaterländische Gesinnung zeigt sich in folgender Notiz am besten“ versehen ist und lautet:

„Alexander (Kaiser von Rußland) war nicht der einzige Bluthund in Europa. Der Kaiser Wilhelm ist nicht besser. Die ganze Familie verdient ausgerottet zu werden.“

Kein Wort, wann und wo die Notiz erschienen ist, wer sie verfaßt und in welchem Blatte sie gefunden hat. Dabei muß jedem halbwegs vernünftigen Menschen einleuchten, daß die Zustimmung Schwindel ist. In Deutschland hätte schon mit Rücksicht auf den Staatsanwaltschaft niemand solchen Wöhrum veröffentlichen dürfen. Dann ist aber auch der in der Notiz ausgedrückte Standpunkt direkt unchristlich. Der Sozialdemokrat betrachtet schon auf Grund seiner Weltanschauung den Monarchen nicht als Ursache des Leides der kapitalistischen Wirtschaftsordnung; er bekämpft die Monarchie, aber nicht den Monarchen. Dagegen haben gute Christen, selbst solche, die im Geruch der Heiligkeit stehen, schon häufig den Mordmord geübt. Wir wollen hier nur an einige erinnern:

Schon der heilige Augustinus (geboren 354, gestorben 430) erlaubte sich höchst gefährliche Bemerkungen über unlaute Staatsgründungen. Und bei solchen Gründungen geht und ging es bekanntlich fast immer recht zweifelhaft zu. „Wird aber“, schreibt der Heilige, „das Prinzip der Gerechtigkeit bei der Staatsgründung nicht strikte befolgt, sind dann die Reiche etwas Besseres als große Räuberbanden?“ Die Räuberbanden ähneln nämlich auf's Haar einem Reich; sie bestehen aus einer Anzahl Menschen, die sich unter einem Vorgesetzten (wie im Sinne der Fürst) gestellt haben, die durch Geldgier und Ehrgeiz sich geeint haben und nach gewissen Regeln die Taten verteilen. Wächst solche Räuberbande durch Hinzuwachsen von neuen in's Große an, so daß sie Forderungen stellen können, Kolonien gründen, Städte einnehmen, Völker unterjochen, so nennt man sie Staat und nun ist die Raubgier nicht mehr verboten, sondern offiziell gutgeheißen. Wie denn sehr richtig und treffend schon ein gefangener Pirat zu Alexander dem Großen trogig und freimütig sagte, als ihn der König fragte, weswegen er das Meer unruhig mache: „Genua tue ich es mit ihm wie du mit der gesamten Erde; weil ich aber nur ein kleines Schiff habe, heiße ich Räuber. Du wirst Herrscher genannt, weil du eine große Flotte hast.“

Der heilige Augustinus stellt also Fürsten, die nicht einwandfreie Staatsgründungen auf dem Gewissen haben, Anführern von Räuberbanden gleich, und was man mit solchen Herrschaften tut, wenn man sie erwischt, ist bekannt.

Der heilige Augustinus hat gegen Tyrannen in der ungemäßigten Weise „gehört“. Er schrieb ein Buch über die Todsünden der römischen Kaiser, die die Christen verfolgt hatten. Die Ermordung solcher Landesväter erscheint ihm als ein göttlich-gesetzliches Verbrechen.

Der heilige Thomas von Aquino beipflichtet den Unterschied zwischen einem gerechten Fürsten und einem Tyrannen und erklärt dabei den letzteren ganz einfach für vogelfrei. „Da man“, schreibt er, „keine höhere Instanz sich wenden kann, durch welche der Tyrann gerechtfertigt werden könnte, so wird mit vollem Recht der gerechte, welcher zur Befreiung des Vaterlandes den Tyrannen tödtet.“

Selbstverständlich schreitet sich das ebenfalls große Kirchenlicht Johann Martinus de Prade, der erklärte: „Im Falle eines ungesetzlichen Angriffs kann ein Privatmann jeden Tyrannen töten; so möglich er auch dem Staat sein mag. Er kann durch das Töten dem Gegner zuvorkommen, wenn dieser als Richter oder anderer Beamter auf seinen Tod hinst, ja er darf ihn durch einen heiligen Mord töten lassen.“ (H) Ein andres großes Kirchenlicht namens Daniel Comenius bezeugte, daß diese Theorie auch auf Fürsten anzuwenden sei.

Die Letzte von der Gottgefälligkeit des Tyrannenmordes wurde im Jahre 1689 vom König Jacques Clement in die Praxis überführt, indem Hochwürden Seine Majestät den König Heinrich III. von Frankreich erschloß.

Edmond Richer, Synodus der theologischen Fakultät zu Paris, als auch ein bedeutendes Kirchenlicht, schrieb über den Tod Heinrich des Dritten unter anderem, daß die Strafe des Königs über den Monarchen gelegt wären und Heinrich, der das Recht der

Staatsgewalt verliehen habe, gesetzlich getötet sei, und daß alle, die ihm gleichen, nicht durch die öffentlichen Gewalttätigkeiten verfolgt seien, sondern daß jede Privatperson hierzu das Recht habe.“ Jacques Clement, der den König getötet, sei nur bestraft worden, weil er einen Fürsten und einen Vorgesetzten für die Strafe des Vaterlandes und die Freiheit der Väter Mörder und Verräter erklärt aufgeführt worden hat.“ Wir sagen dieses, das Moment unter die Mörder eingestuft wurde und Papst Sixtus V. den Mord öffentlich pries.

Der Jesuit Mariana schreibt auf S. 78 seines 1598 erschienenen Buches „De rege et regis institutione“ („Von Könige und den Regierungsgrundsätzen des Königs“):

„Das Volk kann den König zwingen, die Gesetze zu erfüllen, die es erlassen hat; es hat das Recht, den Ungehorsamen vom Thron zu stürzen und ihn mit dem Tode zu bestrafen. Der Tyrann gleicht einem reißenden wilden Tier; soll man es nicht töten, wenn jemand mit Gefahr seines Lebens den Staat von ihm errettet? Man darf behaupten, daß gegen einen Tyrannen die Gesetze gerichtet werden müssen als ein grausames Ungeheuer. Wenn ein König die öffentlichen Gesetze und die heilige Religion mit Füßen tritt, dann muß man es nicht länger ertragen. Der leichteste Weg, sich eines solchen Fürsten zu entledigen, ist, daß die Städte ihn für einen Feind des Vaterlandes erklären, der mit... Werte zu töten ist. Das Recht hierzu hat auch jeder Privatmann, der sein Leben für das Gut des Staates wagen will.“ In der Tat, es würde vorzuziehen um die Angelegenheit der Menschen stehen, wenn es viele starkmütige Menschen gäbe, die für die Rettung des Vaterlandes Leben und Glück gern aufs Spiel setzen!“

Wie nun, wenn wir auf Grund dieser Zitate behaupten wollen, die Christen wären nicht „vaterländisch“, sondern Königsräuber? Es wäre das eine grundlose Behauptung, die zu erheben wir uns hüten werden, denn was 20 Christen sagen, dafür kann man nicht viele Millionen verantwortlich machen, aber diese Behauptung wäre noch hundertmal beschätigt, wie die Schlussfolgerung des christlichen Flugblattes, denn wir haben ein halbes Dutzend Kronzeugen angeführt, das christliche Flugblatt aber nichts wie eine ungelegene Notiz, von der man nicht einmal weiß, ob sie nicht aus dem schmutzigen Reaktionsfinger irgend einer Räuberbandenrehabilitation geflossen ist.

Das 4. Zitat stammt aus einer Rede Hoffmanns, die derselbe im Jahre 1881, also vor bald 30 Jahren, in einer öffentlichen Versammlung in Reupark gehalten haben soll. Schon diese Angabe genügt, um das Zitat als ganz ungeeignet für den Kampf gegen die freien Gewerkschaften erscheinen zu lassen. Was geht es — die Mächtigkeit des Zitats vorausgesetzt — die freien Gewerkschaften in Deutschland auch an, was der Sozialdemokrat Hoffmann in Amerika den russischen Wölfen empfiehlt. Wenn die geistesarmen Hinterwälder des christlichen Verbandes es trotzdem benutzen, so beweisen sie damit nur ihre geistige Konfusion und moralische Strupplosigkeit.

Den „würdigen“ Abschluß der Zitierrerei bildet eine geschmacklose Neuherausgabe eines deutschen Gewerkschaftsblattes anlässlich der Ermordung des Königs von Portugal. Es gehört die ganze Ignoranz und Unwissenheit eines christlichen Flugblattschreibers dazu, aus einer solchen Neuherausgabe Material gegen die freien Gewerkschaften herauszubekommen zu wollen. Die Form jener Notiz kann man gern preisgeben, in der Sache aber hatte das betreffende Gewerkschaftsblatt Meinungsgegenossen in nächster Nähe der christlichen Gewerkschaften. So schrieb das Organ des königlichen Amtsgerichts Kassel, ein kirchliches Blatt, daß der Mord des Königs politisch gerechtfertigt sei. Das christliche „Socialistischer Volksblatt“ (Kassel) das portugiesische Königshaus wurde von einer solchen gerechten Strafe ereilt und die „Oberhafter Bestrafung“, ein kirchliches Blatt, schrieb:

„Die gutgeleitete Presse schämt sich vor Empörung über das Attentat in Lissabon. Im Saubritentum der tiefsten Ernüchterung gibt sie ihrer lokalen Gefühlsregung öffentlichen Ausdruck, während sie heimlich sich vor Freude über den hochsensationalen Stoff kaum zu fassen weiß. ... Es stellt sich heraus, daß die große Mehrheit der Attentäter wahnsinnige Portugiesen waren, die ein überaus warmes Temperament besaßen, dem sie kein Land des Vaterlandes und Unhänglichkeit in ebenso ungewöhnlicher wie gefährlicher Weise zu offenbaren. ... Daß es Männer geben könnte, die un ihrer Ueberzeugung willen einen Akt heroischer Selbstverleugung begehen, hatten die Behörden der bürgerlichen Presse für gänzlich ausgeschlossen.“ Zur Illustration sei noch bemerkt, daß der Redakteur der „Oberhafter Zeitung“ — Ehrenmitglied des katholischen Arbeitervereins zu Oberhausen ist. Da mögen die Christen mit ihrer affektierten Entrüstung einsehen.

Den Münchener Flugblattschreibern aber sei an dieser Stelle geraten, in Zukunft etwas vorsichtiger im Zitiern zu sein und sich endlich einmal die feinsten verlogene Methode abzugewöhnen, die eine Millionenpartei nach den Äußerungen eines einzelnen Menschen beurteilen will. Wir könnten, wenn wir nach gleichem Schema arbeiten wollten, nachweisen, daß es kein Verbrechen und keine Schurkerei gibt, die nicht „christlich“ wäre, weil sie von irgend einem Kirchenheiligen verurteilt, empfohlen oder gar bekräftigt wurde.

Wir haben aber an den Taten der christlichen Gewerkschaften genug zu tabeln. Die Christen können aber an der Leitung der freien Gewerkschaften nichts entdecken, was einen christlichen Arbeiter abhalten könnte, und an ihnen mitzuarbeiten und beschließen schwingen sie ihren Bittensack als einzige Waffe und gebrauchen ihn obendrein so ungeschickt, daß jeder halbwegs denkende Arbeiter für die Christen nur ein mitleidiges Lächeln übrig haben kann.

Der Arbeitsmarkt im November.

Das Reichsarbeitsblatt schreibt:

„Nach der Mehrzahl der Berichte über den heimischen Industriebetrieb war der Geschäftsgang infolge des zurückgehenden Abfahrs sowohl nach dem Inland, als auch nach dem Auslande nicht zufriedenstellend. Insbesondere lagen die Farbenfabriken, auf welche die ungünstige Lage der Textilindustrie, der Tapetenbranche, des Baugewerbes usw. von Einfluß war. Die Betriebe, die chemische und pharmazeutische Präparate herstellen, waren hingegen der Mehrzahl der Berichte zufolge ausreichend beschäftigt. Die Zement- und Ziegelindustrie lieferten weiterhin eine kleine Leberung. Fast durchweg herrschte ein Ueberangebot an Arbeitskräften.“

Die Steingutfabrikation wies stellenweise eine Verschlechterung gegen den Vormonat auf.

Was die Lage in der Spielwarenfabrikation betrifft, so ging im Sonneberger Bezirke die Saison zu Ende; damit trat eine Verschlechterung ein, die Arbeitsgeheimnisse mit sich brachte. In der Nürnberger Bezirk- und Metallspielwarenfabrikation konnten hingegen die meisten größeren Betriebe in diesem Jahre noch mit vollen Kräften arbeiten, so daß die in den anderen Jahren übliche ungünstige Wendung gegenüber dem Vormonate nicht stattgefunden hat.

Die Papiere- und Zellulosefabriken waren nach der Mehrzahl der vorliegenden Berichte nicht ausreichend mit Aufträgen versehen. Einzelne Betriebe, die sich auf Exportaufträge, andererseits über die ausländische Konjunktur gestellt, welche zu ungewöhnlich billigen Preisen für ihre Produkte in Deutschland Absatz sucht. Die Arbeitszeit mußte teilweise durch Einstellen von Papiermaschinen vermindert werden.

Die Tapetenfabrikation arbeitet nunmehr an der Herstellung der Frühjahrsaufträge; die Aufträge, die sonst bereits im September größtenteils gegeben waren, verschleppten sich in diesem Jahre bis Ende November. Dem Berichte zufolge hat die Gründung einer großen Arbeitergesellschaft die Industrie in einen verunsichernden Preiskampf geführt, der durch die allgemeine Konjunktur noch verstärkt wird.“